



# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Das Klima und der Verkehr –  
Müssen wir das Rad neu erfinden?

# Inhalt

Meldungen	2 – 4
<b>Klima und Verkehr</b>	<b>5 – 12</b>
„Fridays for Future“ und die Schulpflicht	5
Umfrage: Brauchen wir den kostenlosen ÖPNV?	6
Kreuzfahrtschiffe: Blockade im Kieler Hafen	7
<b>Rückblick 1995:</b> Landtags-SPD und Angela Merkel gegen Ozon	8
Tempolimit auf der A7, Blühstreifen am Straßenrand	10
Abbiege-Assistenten für Lkw, Klimabericht	11
Klimaschutz als Staatsziel: Pro und Kontra	12
<b>Ausschüsse:</b>	
Neue Akku-Züge, Hilfe für Obdachlose	13
<b>Europa:</b>	
Kaliningrad-Jubiläum, Parlamentsforum	14
<b>Leichte Sprache:</b>	
bürger-freundliche Amts-Sprache	15
<b>Im Zentrum</b>	<b>16 – 17</b>
Tag der offenen Tür im Landeshaus am 16. Juni	
<b>Plenarberichte</b>	<b>18 – 21</b>
Rüstungsexporte, englische Zeugnisse	18
Online-Glücksspiel, Upload-Filter	19
Landesbauordnung, Rettungsgassen	20
Lebensmittelverschwendung, „Containern“	21
Personalien	22
<b>Europawahl:</b> Grüne liegen vorne	24
Die Seite für das Ehrenamt	25
<b>Politische Bildung</b>	<b>26 – 28</b>
Interview mit dem Schriftsteller Robert Menasse über Europas Zukunft und Österreichs Probleme	26
Ein Verein in Iowa betreut schleswig-holsteinische Gräber	28
Bücherecke, Impressum	29
<b>Im Porträt:</b> Andrea Tschacher (CDU), Jan Marcus Rossa (FDP)	30
<b>Ins Bild gerückt:</b> zu Besuch im Landeshaus	31
Termine, Termine, Termine	32

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Klimawandel war zuletzt das beherrschende politische Thema. Streikende Schüler fordern Woche für Woche ein radikales Umsteuern, und bei der Europawahl landeten die Grünen erstmals auf Platz 1 im Lande. Eng mit der Klima-Debatte verbunden ist die angestrebte Verkehrswende. Im Landtag ging es in den vergangenen Monaten beispielsweise um ein umweltschonendes Tempolimit auf der A7, um die Blockade eines Kreuzfahrtschiffs im Kieler Hafen, um den Stand der Energiewende oder um die Frage, ob der Klimaschutz als Staatsziel in die Landesverfassung gehört. All diese Debatten bilden wir ab.

Wir haben zudem bei den „Fridays-for-Future“-Demonstranten vor dem Landeshaus nachgefragt: Wie reagieren eigentlich eure Lehrer, wenn ihr im Unterricht fehlt? Unsere Rückblickgeschichte spielt im Jahr 1995, als die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel den Ozon-Alarm ausrief und Fahrverbote forderte – was ihr die Unterstützung der Nord-SPD einbrachte.

Der Schriftsteller Robert Menasse erläutert im Interview seine Vorstellungen von einer „Europäischen Republik“. Und: Der Landtag hat Kontakte nach Iowa geknüpft, wo ein ehrenamtlicher Verein die Gräber von schleswig-holsteinischen Veteranen betreut.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihre Redaktion

## Tag der offenen Tür war ein „Fest der Demokratie“

Der Tag der offenen Tür im Landeshaus am Sonntag, den 16. Juni, war nach Einschätzung von Landtagspräsident Klaus Schlie ein voller Erfolg. Schlie sprach von einer „großartigen Veranstaltung, die die Erwartungen bei weitem übertroffen hat“. Er freute sich, „dass so viele Bürgerinnen und Bürger unserer Einladung gefolgt sind“, so Schlie: „Wir hatten eine fantastische Stimmung, unheimlich viele fröhliche Gesichter und tolle Begegnungen mit Groß und Klein.“ Der Tag der offenen Tür sei „ein Fest der Demokratie“ gewesen.

Unter dem Motto „Offenes Haus – Offene Demokratie“ hatte das Parlament mit einem Programm aus Information und Unterhaltung zu einem Blick hinter die Kulissen eingeladen. Einen Tag der offenen Tür veranstaltet der Landtag einmal pro Wahlperiode. Letztes Mal, vor vier Jahren, waren rund 15.000 Gäste gekommen. Diesmal wurden sogar mehr als 20.000 gezählt – so viele wie noch nie. **Mehr zum Tag der offenen Tür auf den Seiten 16 und 17.**



ZÄHLBARES

0,-

Euro kostet eine Fahrkarte im öffentlichen Nahverkehr in Estland und Luxemburg. Ein Modell auch für Schleswig-Holstein?  
Mehr dazu ab Seite 6



## Vorschlag für neue Altersvorsorge

Ein neues Pensionsmodell soll die Altersbezüge der Landtagsabgeordneten gegen Niedrigzinsen absichern. Das sieht der Vorschlag einer unabhängigen Expertenkommission vor, deren Abschlussbericht der Vorsitzende Volkmar Schön Ende Juni an Parlamentspräsident Klaus Schlie überreicht hat. Der Landeshaushalt werde damit nicht höher belastet als bisher, sagte der frühere Hamburger Senatskanzleichef. Seit 2007 bekommen die 73 Abgeordneten über die sogenannte Grundentschädigung – ab 1. Juli 8.661 Euro – hinaus gut 1.800 Euro monatlich, die sie privat in eine Altersvorsorge stecken müssen. Künftig soll die gleiche Summe in einen staatlichen Topf fließen. Sollte der Landtag dem Modell der achtköpfigen Kommission folgen, bekäme ein Ex-Abgeordneter nach zehn Jahren im Landtag ab dem 67. Lebensjahr 1.300 Euro Altersversorgung im Monat. In Niedersachsen sind es den Angaben zufolge knapp 1.800 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern fast 2.300 und im Bundestag gut 2.500 Euro. Nach der Sommerpause solle es im Landtag transparente Beratungen über das vorgeschlagene Modell geben, kündigte Schlie an.

## Wohnraum-Initiative wird das Parlament beschäftigen

**Die „Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum“ hat eine weitere Hürde genommen. Der Landtag hat die Initiative im Juni für zulässig erklärt. Nun hat das Parlament vier Monate Zeit, sich inhaltlich zu positionieren.**

Zuvor hatten die kommunalen Meldebehörden die Unterschriften überprüft, die der Sozialverband Deutschland und der Mieterbund im Februar an den Landtag übergeben hatten. Ergebnis: Mindestens 32.462 der gut 39.000 Unterschriften sind gültig. Eine genaue Zahl der Unterstützer gibt es nicht, weil in einigen Ämtern und Gemeinden die Auszählung abgebrochen wurde, als abzusehen war, dass die erforderliche Mindestzahl von 20.000 gültigen Unterschriften erreicht werden würde. Die Initiatoren wollen in der Landesverfassung festschreiben, dass das Land „die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum“ fördert – „insbesondere durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mietzuschüsse“. Zudem soll eine Wohnung nur geräumt werden dürfen, „wenn Ersatzwohnraum zur Verfügung steht“.

## Wasser-Initiative startet Volksbegehren

**Die Initiatoren der „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“ haben ein Volksbegehren auf den Weg gebracht. Ziel ist ein Volksentscheid über ihr Anliegen. Der Landtag hat diesen Schritt im Juni für zulässig erklärt.**

Das Volksbegehren ist die zweite Stufe der direkten Demokratie in Schleswig-Holstein. Lehnt der Landtag eine Volksinitiative ab, können die Initiatoren ein solches Begehren starten. Sie müssen innerhalb eines halben Jahres 80.000 Unterstützer finden. Kommt diese Zahl zusammen, wird innerhalb von neun Monaten ein Volksentscheid abgehalten. Dieser gilt als angenommen, wenn eine Mehrheit zustimmt, die mindestens 15 Prozent aller Stimmberechtigten entspricht. Dies ist das erste Volksbegehren im Lande seit zehn Jahren. Damals ging es um den Erhalt der Realschule. Die nötige Zahl an Unterschriften wurde nicht erreicht. Die Initiative ist diesen Schritt gegangen, obwohl die Jamaika-Fraktionen angekündigt hatten, „die meisten Kernanliegen“ der Volksinitiative zu übernehmen. So beschloss der Landtag im Juni eine Reform des Informationszugangsgesetzes. Dadurch soll es erleichtert werden, Einsicht in Geschäftspapiere von Firmen zu nehmen, die Bohrlizenzen in Schleswig-Holstein besitzen. Dies reicht den Initiatoren jedoch nicht aus. Sie sprechen von einer „wert- und bedeutungslosen Placebo-Gesetzgebung“.

## Diäten steigen ab Juli

Die 73 Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages bekommen ab Juli mehr Gehalt. Die Grunddiät steigt um 2,8 Prozent von 8.425 auf 8.661 Euro. Laut Abgeordnetengesetz ist die Entwicklung der Bezüge an die allgemeine Einkommensentwicklung gekoppelt. Grundlage sind Berechnungen des Statistikamtes Nord.

Dabei werden die Lohnsteigerungen in der freien Wirtschaft zu rund 80 Prozent und die der Angestellten im öffentlichen Dienst und der Beamten zu jeweils etwa zehn Prozent berücksichtigt. Die Höhe der Bezüge wird jährlich angepasst. Abgeordnete mit herausgehobenen Positionen wie Fraktionsvorsitzende und der Landtagspräsident erhalten eine Zulage.

## Wortwörtlich



„Jährlich werden gut eine Million Tonnen Plastikabfälle von Deutschland ins Ausland exportiert. Deutschland hat sich lange nicht dafür interessiert, was mit dem Wohlstandsmüll seiner Bürger geschieht.“

(Stefan Weber, SPD)



„Es gibt auch alte Brillen mit Kunststoffgestellen, die exportiert werden, die bei uns hier eingesammelt werden, als Müll deklariert werden, die bei uns in die Entsorgung gehen müssten und die trotzdem eine vernünftige Verwertung finden.“

(Heiner Rickers, CDU)



„Unser hausgemachter Müll kommt, wenn er nicht umweltgerecht recycelt und entsorgt wird, über die Meere und die Nahrungsmittel wieder zu uns zurück.“

(Marlies Fritzen, Grüne)



„Aus exportierten Kunststoffen können zum Beispiel Fleece-Kleidungen hergestellt werden. Diese Chance der Wertschöpfung auch in anderen Ländern sollte man nicht von vornherein ausschließen.“

(Dennys Bornhöft, FDP)



„Um den Aufbau eines effektiven Recyclingsystems in Afrika und Asien zu ermöglichen, will die Bundesregierung bis 2022 50 Millionen Euro für Abfallsammlungs- und Recyclingtechnologie zur Verfügung stellen – ein richtiger Schritt.“

(Volker Schnurrbusch, AfD)



„Worauf es letztendlich ankommt, ist, dass wir die Plastikproduktion insgesamt senken. Wir müssen weg von Plastik hin zu mehr Recycling und vor allem zu mehr umweltfreundlichen Verpackungen und Produkten.“

(Flemming Meyer, SSW)



„Plastikmüll darf nur exportiert werden, wenn er sauber sortiert und vor Ort recycelbar und verwertbar ist. Das ist ein wichtiger Fortschritt, den es nun von der Baseler Konvention in EU-Recht umzusetzen gilt.“

(Umweltminister Jan Philipp Albrecht, Grüne)



Aus der Debatte am 16. Mai über den Export von Plastikmüll.

## FC Landtag hat neuen Kapitän



Lukas Kilian (li.) ist neuer Spielführer des FC Landtag. Der CDU-Abgeordnete aus Bad Oldesloe hat Ende Juni das Amt von Christopher Vogt (re.) übernommen. Vogt hatte den Posten seit 2012 inne. Da er inzwischen als FDP-Fraktionschef stark eingespannt ist, gab er die Kapitänsbinde weiter. Bereits seit 1971 spielen Schleswig-Holsteins Landtagsabgeordnete jenseits aller Parteigrenzen gemeinsam Fußball. Als FC Landtag treten sie im ganzen Land an und sammeln Spenden für wohltätige Zwecke.

## Krach-Mach-Preis ging nach Neumünster

Der 1.000-Euro-Siegerscheck beim „Krach-Mach-Tach“ ging in diesem Jahr nach Neumünster. Die Gruppe „Inklusion trifft ins Schwarze“ untermalte ihr Motto mit Zielscheiben und einer überdimensionalen Armbrust. Insgesamt neun Teams zogen auch in diesem Jahr während der Kieler Woche durch die Stadt und machten mit selbstgebauten Instrumenten Krach für die gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen. Platz zwei und 500 Euro erhielten die „Drachenkracher“ aus Kiel. Sie sei beeindruckt von der Lebensfreude und dem Optimismus der Krach-Macher, sagte Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber. Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, der Landtag und das Sozialministerium veranstalten jährlich dieses Ereignis.



## Entsetzen über mutmaßlichen Brandanschlag

Nach dem mutmaßlichen Brandanschlag auf das Auto des AfD-Abgeordneten Claus Schaffer haben Vertreter aller Parteien politisch motivierte Gewalt verurteilt. Schaffers Fahrzeug war Anfang Mai in Lübeck durch ein Feuer zerstört worden. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei ermitteln wegen des Verdachts der Brandstiftung. Landtagspräsident Klaus Schlie zeigte sich „entsetzt“. Sollte es sich herausstellen, dass es einen politisch motivierten Hintergrund gibt, dann wäre das „ein Angriff auf unser demokratisches System.“

## Schleswig-Holstein lädt zum Tag der Deutschen Einheit

Unter dem Motto „Mut verbindet“ feiert Schleswig-Holstein am 2. und 3. Oktober den Tag der Deutschen Einheit mit einem großen Bürgerfest in Kiel. Die 16 Bundesländer, gesellschaftliche Organisationen, der Landtag sowie weitere Verfassungsorgane bieten den Besuchern entlang der Kieler Förde ein buntes, abwechslungsreiches Programm. Es ist das zweite Mal nach 2006, dass die Einheitsfeier im hohen Norden steigt. Der Landtag wird sich auf der Wiese hinter dem Landeshaus präsentieren. Dort gibt es einen Info-Stand, an dem Abgeordnete Rede und Antwort stehen. Hinzu kommen Quizspiele für Groß und Klein sowie eine „Virtual-Reality-Brille“, die dem Betrachter einen historischen Rundgang durchs Landeshaus bietet.

Schleswig-Holstein wird seine zahlreichen Facetten vorstellen: So bringt das Weltnaturerbe Wattenmeer ein Meeresaquarium mit. Neben der Stiftung Naturschutz wird auch das Archäologische Landesamt vertreten sein und gemeinsam mit den Weltkulturerbe-Stätten „Danevirke Museum“ und „Wikingermuseum Haithabu“ verschiedene Mitmachaktionen anbieten. Auch die Minderheiten – die friesische Volksgruppe, die dänische Minderheit, die Sinti und Roma sowie die deutsche Minderheit in Dänemark – werden sich dort präsentieren.

Während die Reventlowwiese zur Spielwiese für Kinder wird, können sich Interessierte am Ostseekai über die Bundesregierung, den Bundesrat und den Bundestag informieren. Weitere thematische Meilen werden sich bis in die Innenstadt ziehen. Auf dem Rathausplatz stellt sich die Landeshauptstadt Kiel vor. Das Bürgerfest wird durch zahlreiche musikalische Highlights, kulinarische Spezialitäten und viele weitere Aktionen abgerundet.

Möglicherweise werden die öffentlichen Verkehrsmittel zur Anreise zum Fest an diesem Tag kostenfrei sein. Darüber will der Landtag Ende August beraten.

Mehr unter [mut-verbundet.de](http://mut-verbundet.de)





# „Fridays for Future“ und die Schulpflicht

## Strenge Gesetze, kontroverse Debatten, tolerante Lehrer

Die wöchentlichen „Fridays-for-Future“-Demonstrationen sind inzwischen ein gewohntes Bild vor dem Landtag. Die Schüler, die während der Unterrichtszeit für den Klimaschutz streiken, verstoßen bewusst gegen die Schulpflicht. Dafür droht ihnen das Schulgesetz mit Nachsitzen oder mit der Versetzung in eine andere Klasse. Eltern können mit Bußgeldern belegt werden.

Im Parlament forderte die AfD im Mai, diese Strafandrohungen auch umzusetzen. Aus den anderen Fraktionen kamen moderatere Töne bis hin zur Unterstützung der Demonstranten. Die Schüler wiederum berichten von verständnisvollen Lehrern – das ergab unsere kleine Umfrage vor dem Landeshaus.



### Das sagt die Politik

**Frank Brodehl (AfD):** „Schüler, die für die Ziele der ‚Fridays-for-Future‘-Demo demonstrieren, statt zur Schule zu gehen, verstoßen gegen das Schulgesetz. Dieser Verstoß darf vom Staat nicht anderes bewertet und geahndet werden als jedes andere unentschuldigte Fehlen auch.“

**Tobias Loose (CDU):** „Sollten sich Schülerinnen und Schüler dafür entscheiden, dem Unterricht mehrfach für eine Demonstration fernzubleiben, so muss das zu verhältnismäßigen Konsequenzen führen.“

**Sandra Redmann (SPD):** „Wir wünschen uns interessierte junge Menschen, die sich einbringen, engagieren und selbstbewusst ihre Meinung vertreten. Und tun sie das, dann bricht in der AfD Panik aus.“

**Ines Strehlau (Grüne):** „Es gibt Situationen, da gibt es Existenzialeres als den Schulbesuch. Wenn die Zukunft in Gefahr ist, darf auch der Schulbesuch mal hintanstehen.“

**Anita Klahn (FDP):** „Die an der Demonstration teilnehmenden Schülerinnen und Schüler sind nicht davon freigestellt, ihr Klassen- und Lernziel zu erreichen. Sie werden den Unterricht in irgendeiner Form nachbereiten.“

**Jette Waldinger-Thiering (SSW):** „Wir überziehen doch nicht Hunderte von Eltern mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, wenn ihre Kinder uns darauf stoßen, dass ihnen die Zukunft abhandenkommt.“

**Bildungsministerin Karin Prien (CDU):** „Protest ist gut, um Aufmerksamkeit zu erreichen, aber wer wirklich etwas verändern will, muss etwas Konkretes tun. Die Schulen haben damit in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz längst angefangen.“

### Das sagen die Schüler

Die Kieler Gymnasiastin **Anne (16)** hat noch keine negativen Konsequenzen zu spüren bekommen. „Die Lehrer“, sagt sie, „finden das gut – inoffiziell“. Es kämen dann Sprüche mit einem Augenzwinkern wie: „Letzten Freitag warst du doch krank – oder?“ Auch aus anderen Klassen hat sie von keinen anderen Erfahrungen gehört.

**Leevke (14)** ist an diesem Freitag ganz alleine aus einem kleinen Ort bei Rendsburg nach Kiel gereist. Sie hat zwar schon mehrmals an Klima-Demos teilgenommen, aber noch nie während der Unterrichtszeit. „Ich bin selbst gespannt auf die Reaktionen“, sagt sie.

**Frederik, Momme und Bela** besuchen die 4. Klasse einer Privatschule im Kieler Norden. „Wir sind auf einer sehr nachhaltigen Schule“, sagt Frederik. „Die Lehrer erlauben uns, am Klima-Streik teilzunehmen“. „Sie greifen das Thema auch im Unterricht auf“, berichtet Momme: „Sie besprechen zum Beispiel, wie wir es schaffen können, eine Woche lang kein Plastik mit in die Schule zu bringen.“

„Ich bin seit zwei Monaten fast jeden Freitag weg, aber in meiner Schule wird das ganz locker gesehen“, erzählt **Gaya (15)**, die ein Gymnasium in der Nähe von Kiel besucht. „Die Lehrer unterstützen das. Ich unterhalte mich mit ihnen über dieses Thema, und sie finden unser Engagement gut. Das dürfen sie zwar offiziell nicht sagen, aber sie geben deutlich zu erkennen, dass sie es eigentlich toll finden, wenn wir auf die Straße gehen. Eine Sechs für die Fehlstunden gibt es nicht.“ Mit anderen Aktivisten hat sie sogar die Schule mit Stickern beklebt. „Da gab es eine Durchsage, dass wir das unterlassen sollen, aber keine Strafe.“



# Bus und Bahn kostenfrei – ein Modell für Schleswig-Holstein?

Trotz des wachsenden Klima- und Umweltbewusstseins steigt die Zahl der Autos, auch in Schleswig-Holstein. Das Statistikamt Nord zählte im Herbst letzten Jahres 1,994 Millionen Kraftfahrzeuge im Lande – ein Plus von 50 Prozent seit der Jahrtausendwende. Für viele Autofahrer sind Bus und Bahn keine Alternative. Eine Umfrage des Instituts YouGov hat ergeben, dass deutschlandweit 40 Prozent der Städter und sogar 73 Prozent der Landbewohner den ÖPNV grundsätzlich meiden.

Der Hauptgrund sind, neben Verspätungen und mangelndem Komfort, die Fahrpreise. Einige EU-Staaten gehen radikal auf Gegenkurs und bieten ihren Bürgern einen kostenlosen ÖPNV an. In weiten Teilen Estlands ist Bus- und Bahnfahren bereits umsonst, Luxemburg will 2020 nachziehen. Wäre das auch etwas für Schleswig-Holstein? Wir haben Verkehrspolitiker aller Landtagsparteien gefragt und diese Antworten bekommen:

Lukas Kilian (CDU)

*„Haben bereits Weichen gestellt“*

„Grundsätzlich gilt: Mobilität wird eines der wichtigsten Themen der Zukunft sein – und gleichzeitig eine große Herausforderung. Ein kostenloser ÖPNV mag in Stadt- und Kleinstaaten wie Luxemburg oder Estland umsetzbar sein, in einem Land wie Deutschland sicher nicht. Auch Schleswig-Holstein ist dafür kaum geeignet. Als Flächenland mit Anbindung an Hamburg ist es angewiesen auf eine besonders gute Infrastruktur, die aktuell mit viel Dampf ausgebaut wird.

Politisch haben wir die Weichen bereits gestellt: Das Studententicket ist auf dem Weg, bis 2020 soll ein preiswertes Job-Ticket für Arbeitnehmer und Auszubildende eingeführt werden. Ganz in unserem Sinne ist es, Anreize für den Umstieg vom Individualverkehr zum ÖPNV zu schaffen, statt Verbote auszusprechen oder einen Wechsel durch einseitige Einschränkungen erzwingen zu wollen.

Als Vorbild kann das Profi-Ticket des Hamburger Verkehrsverbunds (HVV) dienen, mit dem sieben Tage die Woche alle Busse und Bahnen genutzt werden können. Die Möglichkeit der Mitfinanzierung durch den Arbeitgeber schafft zudem weitere Anreize zur Nutzung. Ein preisgünstiger und attraktiver ÖPNV kann überdies einen enormen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Einsparung leisten.“



Kai Vogel (SPD)

*„Das wäre ein sinnvoller Schritt“*

„Wir finden es gut und sinnvoll, wenn es auch in Schleswig-Holstein einen kostenfreien ÖPNV geben würde. Ein Umstieg auf den ÖPNV ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, da weniger Autoverkehr auch CO<sub>2</sub> einspart. Die SPD hat auf ihrem Landesparteitag bereits beschlossen, dass wir uns Schritt um Schritt auf den Weg zu einem kostenfreien Nahverkehr machen wollen. Dieser Beschluss ist für uns bindend und gilt nun umgesetzt zu werden. Erste Schritte dazu sind zum Beispiel ein genereller kostenfreier Schülertransport und weitere Vergünstigungen für Pendlerinnen und Pendler. Der HVV macht es uns mit klugen Angeboten vor.

Leider haben wir uns bisher mit unserer Bitte zur Prüfung der Ausweitung des HVV und einem besseren Angebot nicht durchsetzen können. Kostenfreier Nahverkehr beinhaltet aber auch eine Verbesserung des Angebotes mit mehr Halten an den Strecken und mit mehr Bussen und Bahnen, damit die zusätzlichen Fahrgäste auch alle mitgenommen werden können.“



Andreas Tietze (Grüne)

*„Alle würden profitieren“*

„Zum attraktiven Umweltverbund gehören attraktive Tarife. Grenzenlos, verständlich, bezahlbar. Pauschal finanziert bietet Nahverkehr die höchste Attraktivität. Einsteigen, Entspannen, Ankommen. 8,33 Euro würde ein Monatsticket für ganz Schleswig-Holstein kosten, wenn alle es kaufen würden. Klingt verlockend günstig. Allerdings müsste das Angebot deutlich ausgebaut werden, um für alle attraktiv zu sein und um Platz für alle bieten zu können. Der Preis wäre sicher höher.

Aber er wäre es sicher wert, da alle von weniger Staus, Lärm, Schadstoffen und Klimagasen profitieren. Der Tourismus würde boomen. So wie ein guter Umweltverbund nicht nur den Fahrgästen nützt, so sollten logischerweise nicht nur sie ihn bezahlen.

Konkret würde ich iterativ wie folgt vorgehen:

1. Wir designen einen so attraktiven Umweltverbund, dass möglichst viele ihn wollen, nach dem Motto: Kein Auto = Kein Verzicht.
2. Wir berechnen die Kosten.
3. Wir legen die Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle für einen gesellschaftlichen Konsens fest.

Das Ziel: Umweltverträgliche Mobilität für alle!“



Volker Schnurrbusch (AfD)

*„Angebot muss attraktiv sein“*

„ÖPNV für lau? Die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs zu steigern, ist eine gute Sache. Dazu gehören praxisnahe Verbindungen, kurze Taktzahlen, moderne Verkehrsmittel und günstige Tarife. Die Idee, Fahrten mit Bussen und Bahnen kostenlos anzubieten, erscheint auf den ersten Blick verlockend. Doch schon heute ist der ÖPNV für das Land, für Kreise und Kommunen ein Zuschussgeschäft. Daher müsste zu allererst die Frage der Finanzierung geklärt werden. Hier gibt es keine einfachen Lösungen. Daher befürworte ich maßgeschneiderte Tarife, wie sie Schüler und Studenten, aber auch Familien oder Vielfahrer benötigen. Längst nicht alle Städte im Ausland, die ihren Bürgern einen kostenlosen Nahverkehr angeboten haben, konnten positive Erfahrungen machen. Oft war es so, dass viele Autofahrer trotz des Nulltarifs nicht umgestiegen sind, weil die Verbindungen nicht zu ihren Fahrstrecken passten. Aber in den meisten Fällen gab das Geld den Ausschlag. Wenn Politik hierzu gute Lösungen findet, sollte das Thema auf der Agenda bleiben.“



## Blockade der „Zuiderdam“: „Klimaschutz heiligt nicht alle Mittel“

Rund 50 Klima-Aktivisten haben am Pfingstsonntag das niederländische Kreuzfahrtschiff „Zuiderdam“ sechs Stunden lang am Auslaufen aus dem Kieler Hafen gehindert. Sie kreuzten mit Booten vor dem Schiff. Einige besetzten zudem den Wulstbug des Ozeanriesen und einen Kran am Ostseekai. Mehr als 150 Kräfte von Polizei, Feuerwehr, Zoll und DLRG waren im Einsatz. In der Juni-Sitzung debattierte der Landtag über das Geschehen. Die AfD hatte die Aktuelle Stunde beantragt.

Es sei keine „spontane Aktion einiger harmloser Demonstranten“ gewesen, so AfD-Fraktionschef Jörg Nobis. Er sprach von einer „Kapitulation des Rechtsstaats vor Politkriminellen“ und warf den anderen Parteien vor, diese „Straftat“ zu verharmlosen. Der Versuch der AfD, sich als „alleiniger Hüter von Recht und Ordnung“ zu inszenieren, sei „völlig abwegig“, entgegnete der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch. Die Blockade sei genauso zu verurteilen wie das Schottern von Gleisen

oder das Blockieren von Straßen. Er warf der Stadt Kiel vor, die Aktivisten mit der Ausrufung eines „Klimanotstandes“ angelockt zu haben.

Es sei ein „eklatantes Umweltproblem“, so Kathrin Wagner-Bockey (SPD), „wenn 28 Millionen Menschen im Jahr auf ein Kreuzfahrtschiff steigen“. Aber: „Der Zweck heiligt nicht alle Mittel.“ Dass mehr als 50 Menschen gemeinsam Straftaten geplant hätten, sei „nicht zu rechtfertigen“. Für FDP-Fraktionschef Christopher Vogt schaden solche Aktionen dem „durchaus berechtigten Anliegen“. Es sei „alles andere als sympathisch“, wenn Polizisten gefährdet und respektlos behandelt würden.

Burkhard Peters (Grüne) wies darauf hin, dass es nicht Aufgabe des Parlaments sei, über die Strafverfolgung zu befinden. An die AfD gewandt sagte er: „Lassen Sie die Gerichte ihre Arbeit machen und verschwenden Sie nicht unsere wertvolle Zeit.“ Lars Harms (SSW) warf der AfD vor, „den Durchgriff auf die Gerichte“ anzustreben. Konzepte gegen Luftverschmutzung oder Klimawandel gebe es in der AfD hingegen nicht, so Harms.

Die Blockierer hätten sich unkooperativ verhalten, berichtete Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU). Fast niemand habe Angaben zur Identität gemacht. Einige hätten sich die Fingerkuppen manipuliert, um die erkennungsdienstliche Behandlung zu erschweren. Der Einsatz sei aber „auftragsgemäß und gut“ und nach allen rechtsstaatlichen Kriterien verlaufen.



Aktivisten am Pfingstsonntag vor der „Zuiderdam“: Sie wollten nach eigenen Angaben auf den Schadstoffausstoß und die Arbeitsbedingungen der Kreuzfahrtbranche aufmerksam machen. Kiel erwartet in diesem Jahr 178 Anläufe von Kreuzfahrtschiffen.



## Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Das Jahr 1995 stand im Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und Mobilität.

# 1995

## SPD und Angela Merkel fordern Fahrverbote gegen Ozon

**Mitte der 1990er Jahre kreist die politische Debatte um einen Stoff, den man nicht sehen, riechen oder schmecken kann: das Gas Ozon. Während die Ozonschicht in der oberen Atmosphäre bröckelt, taucht das Ätzgas in Bodennähe in gefährlich hoher Konzentration auf. Die Folgen für den Menschen: Atemwegserkrankungen, Allergien, Krebsgefahr.**

Die Ozon-Häufung tritt vor allem im Sommer auf und hat zwei Hauptursachen: Sonnenlicht und die wachsende Menge an Abgasen. Die Strahlen der Sonne spalten ein Sauerstoffatom (O) vom Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) und vom Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) aus Motoren und Schornsteinen ab. Das O-Atom verbindet sich mit dem Sauerstoffmolekül der Atemluft (O<sub>2</sub>) zu Ozon (O<sub>3</sub>). Je mehr Schloten qualmen und je mehr Autos unterwegs sind, desto mehr „Sommer-Smog“ belastet die Umwelt. Aber, und an diesem Punkt beginnt damals die politische Debatte: Welche Ozonbelastung ist für den Menschen schädlich? Es kursieren mögliche Grenzwerte von 180, 240 oder 300 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Manche Forscher sehen die Risikoschwelle bereits bei 100 Mikrogramm erreicht.

### Grenzwerte für ein „kompliziertes Gas“

Hinzu kommt: Ozon ist „ein ziemlich kompliziertes Gas“, wie die „Frankfurter Allgemeine“ schreibt. Denn die Auspuffgase, die zur Entstehung des Reizstoffes beitragen, helfen auch dabei, ihn wieder abzubauen. Das Stickstoffmonoxid (NO) aus dem Verbrennungsmotor spaltet wiederum ein Sauerstoffatom aus dem Ozon-Molekül ab – und verwandelt es wieder in das harmlose O<sub>2</sub>. Das hat kuriose Folgen: Der Ozongehalt der Luft sinkt ausgerechnet in den Ballungszentren schnell wieder ab, während er in freier Natur oft länger hoch bleibt. O<sub>3</sub>-Spitzenwerte werden beispielsweise auf Berggipfeln gemessen, wo das nächste Kraftfahrzeug kilometerweit entfernt ist.



Wie also kann die Politik das launische Gas in den Griff bekommen? In der Diskussion sind Fahrverbote, Tempolimits, umweltfreundlichere Motoren und Filter für die Industrie. Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) prescht im Frühjahr 1995 vor. Sie fordert Fahrverbote, falls der Ozonwert auf mehr als 270 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft steigt. Das Magazin „Der Spiegel“ bezeichnet Merkel daraufhin als „Öko-Hardlinerin“. Im Kabinett von CDU-Kanzler Helmut Kohl steht die promovierte Naturwissenschaftlerin allerdings auf verlorenem Posten. Verkehrsminister Matthias Wissmann (CDU), später Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, und Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) bremsen Merkel aus.

### SPD wünscht sich mehr Macht für Merkel

Das wiederum ruft die sozialdemokratisch regierten Bundesländer auf den Plan. Mitte der 1990er Jahre haben elf der 16 Landesregierungen einen SPD-Chef. Die Sozialdemokraten drängen auf drastische Schritte. Die norddeutschen Länder, mit Ausnahme des CDU-regierten Mecklenburg-Vorpommerns, legen im Mai 1995 eine Regelung vor, die Tempolimits bei 180 Mikrogramm und Fahrverbote in größeren Städten bei 240 Mikrogramm Ozon vorsieht. „Wir müssen jetzt tätig werden, weil die Bundesregierung nicht handelt“, sagt der SPD-Abgeordnete Jürgen Hinz am 18. Mai in einer Aktuellen Stunde des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Umweltministerin Edda Müller (parteilos)



1995 debattierte der Landtag noch im alten Plenarsaal im ersten Stock des Landeshauses.



betont: „Wir werden nicht warten, bis die arme Bundesumweltministerin endlich das grüne Licht vom FDP-Wirtschaftsminister und vom CDU-Verkehrsminister bekommt.“ Müllers Forderung: „Was wir brauchen, ist ein allgemeines Tempolimit.“ Die SPD-Abgeordnete Sabine Hamer spricht nahezu prophetische Worte, was den weiteren Werdegang der damaligen Bundesumweltministerin anbelangt: „Ich wünsche eigentlich, dass Frau Merkel irgendwann mal eine Lobby in der Bundesregierung hat, die es ihr erlaubt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch mal ihre Vorstellungen durchzusetzen.“ Endzeitstimmung verbreitet die SPD-Parlamentarierin Frauke Walhorn: „Wir sind schon kurz vor aller Tage Abend.“

### „Profitieren werden die Grünen“

Die Opposition aus CDU und FDP attackiert hingegen den Anti-Ozon-Kurs der Nordländer. „Sie beschwören die ökologische Apokalypse“, hält der Christdemokrat Klaus Haller der SPD-Abgeordneten Walhorn vor. „Statt sinnvolle Maßnahmen“ zu ergreifen“, so Ulrich Schley (CDU), „werden unsinnige Forderungen nach Geschwindigkeitsbegrenzungen, ständig wechselnde Grenzwerte und Fahrverbote im Alleingang eingeführt, deren praktische Durchsetzbarkeit aufgrund fehlender Sanktionsmöglichkeiten höchst fraglich ist.“ Christel Happach-Kasan (FDP) wirft die Frage auf, „wie, wenn wir denn ein Fahrverbot wollen, Pendler Tag für Tag an ihren Arbeitsplatz fahren können“. Ihr Fraktionschef Wolfgang Kubicki ruft die SPD-Landesregierung auf, „für einen ordentlichen Verkehrsfluss in diesem Lande zu sorgen“ und Anreize zu schaffen, dass Autofahrer ihre alten Spritfresser gegen moderne Wagen mit Drei-Wege-Katalysatoren austauschen. Wer die Geschwindigkeit drosselt, produziere jedoch „Staus, kilometerlange Staus“, so Kubicki. Einen Blick in die Zukunft wirft der Christdemokrat Thomas Stritzl: „Sollten CDU in Bonn und SPD in den Bundesländern nicht zu einer gemeinsamen Linie finden, kann ich Ihnen genau sagen, für wen das ein Wahlprogramm ist: für die Grünen!“ So sollte es kommen. Die Öko-Partei, damals noch nicht im Landtag vertreten, schafft im März 1996 mit 8,1 Prozent erstmals den Sprung ins Parlament.

### Der Verkehr rollt – trotz Fahrverbot

Der Ozon-Streit zwischen Merkel, Wissmann und den SPD-Ländern ist da bereits beigelegt, wenn auch mit Zähneknirschen im Kieler Regierungslager. Das Bundeskabinett legt im Juli 1995 ein Ozongesetz vor, das Fahrverbote ermöglicht – unter sehr strengen Bedingungen. Wenn die Ozonkonzentration in der Luft an drei Messstation über 240 Mikrogramm steigt, und wenn diese Messstationen mindestens 50 und höchstens 250 Kilometer auseinander liegen, dann müssen Autos ohne modernen Kat in der Garage bleiben. Allerdings gibt es zahlreiche Ausnahmen. Berufspendler dürfen zur Arbeit rollen, Urlauber ihr

die Ozon-Melder in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland Alarm. Konsequenz: Fahrverbot für alte Autos. Die Resonanz der Bürger ist laut der Frankfurter Polizei „ernüchternd“. Die Ordnungshüter sprechen von „einem Tag wie jeder andere in der Ferienzeit“. „Auch Ozon kann die Autofahrer nicht bremsen“, titelt der „Tagesspiegel“. Das Ozongesetz läuft schließlich zum Jahresende 1999 aus und wird nicht verlängert.

### Inzwischen gibt es weniger Ozon-Spitzen

Und heute? „Die Höhe der Ozon-Spitzenkonzentrationen und die Häufigkeit sehr hoher Ozonwerte haben seit 1990 deutlich abgenommen“, meldet das



Bundesumweltministerin Angela Merkel im Juni 1995 mit Wirtschaftsminister Günter Rexrodt.

Ferientouristen anzuweisen und Taxis Fahrgäste transportieren. Der schleswig-holsteinische SPD-Regierung reichen die Vorgaben nicht aus, sie stimmt am 14. Juli 1995 im Bundesrat zusammen mit vier anderen Ländern gegen die Vorlage. „Völlig untauglich“, lautet das Urteil des hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel, der den Unmut der Nein-Sager in der Länderkammer ausdrückt. Umweltministerin Merkel gibt sich hingegen zufrieden: „Die Ozon-Kleinstateerei hat ein Ende.“ Denn die teils schärferen Regelungen in Ländern wie Schleswig-Holstein treten nun außer Kraft.

Das Ozongesetz kommt exakt einmal zur Anwendung. Am 12. August 1998 schlagen

Umweltbundesamt im Frühjahr 2019. Gründe sind schadstoffarme Motoren und Filter für Schornsteine. Dennoch ist das Gas nach wie vor da: „Die Jahresmittelwerte der Ozonkonzentration von 1990 bis 2017 zeigen an städtischen Stationen einen schwach zunehmenden Trend.“

**Karsten Blaas**



# Sicherheit, Freiheit, Klima: Diskussion ums Tempolimit



Seit Jahren streiten Politik und Öffentlichkeit über ein Tempolimit auf Deutschlands Autobahnen. Im Mai lieferte die frisch ausgebaute A7 den Anlass für eine kontroverse Aktuelle Stunde im Landtag. Zwischen Bordesholm und der Hamburger Landesgrenze galt bis zum Ende der Bauarbeiten eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h. Die SPD schlug vor, auch auf der fertigen dreispurigen Trasse das Tempo zu drosseln. Das bringe weniger Unfälle und mehr Klimaschutz, hieß es bei den Sozialdemokraten. Grüne und SSW argumentierten ähnlich. CDU, FDP und AfD hielten dagegen: Der Klima-Effekt sei minimal, und die neue A7 sei für die freie Fahrt konzipiert worden. Union, Liberale und Grüne unterstrichen zudem, das Thema treibe „keinen Keil in die Koalition“ – auch wenn es unterschiedliche Sichtweisen gebe.

„Es gibt kein anderes Industrieland, das auf seinen Autobahnen den unbegrenzten Geschwindigkeitsrausch toleriert. Wir sind da in einer sehr exklusiven Ländergemeinschaft mit Afghanistan, Bhutan, Burundi, Haiti, Mauretanien, Myanmar, Nepal, Nordkorea, Somalia und Vanuatu.“

Ralf Stegner (SPD)

„Die Stimmung in der Bevölkerung kippt. 63 Prozent der Deutschen wollen ein Tempolimit. Wenn man in der Befragung nach Männern und Frauen unterscheidet, stellt man fest, dass es 75 Prozent der Frauen und 46 Prozent der Männer sind.“

Andreas Tietze (Grüne)

„Die Straßenverkehrsordnung des Bundes ermöglicht zwar durchaus Verkehrseinschränkungen aus Sicherheitsgründen oder zum Schutz der Bevölkerung, jedoch immer nur dann, wenn damit in einem ganz konkreten Bereich einer ganz konkreten Gefahrenlage begegnet werden kann. Anordnungen aus allgemeinen Erwägungen der Verkehrssicherheit oder auch des Umweltschutzes sind hingegen nicht zulässig.“

Minister Heiner Garg (FDP)

„Hier wird nur darüber geredet, wie individuelle Mobilität im Land unter dem Deckmantel des Klimaschutzes eingeschränkt, erschwert oder verboten werden könnte. Stattdessen sollten wir doch viel optimistischer und viel positiver über Mobilität reden. Auch Klimaschutz ist nicht nur Verbot und Verzicht.“

Kay Richert (FDP)

„Wir mögen Verbrennungsmotoren, wir mögen den Diesel, und wir mögen schöne, neue sechsspurige Autobahnen. Ein Tempolimit auf der A7 wäre eine Schande, eine echte Sünde für so eine schön ausgebaute Strecke.“

Jörg Nobis (AfD)

„Die sicherste Infrastruktur, die wir haben, ist nun einmal die Autobahn. Auf keinen anderen Straßen gibt es weniger Unfälle. Die meisten Unfälle passieren auf den Landstraßen und Landesstraßen. Gut ausgebaute Autobahnen sind ein Stück mehr Sicherheit.“

Hans-Jörn Arp (CDU)

„Ein ungebremstes Herunterregeln der Geschwindigkeit scheint nicht unbedingt notzutun, sondern 130 km/h scheint eine vernünftige Geschwindigkeit zu sein, bei der man sein Auto noch beherrscht und der Verkehr nicht so monoton wird, dass man weniger aufmerksam ist. Insofern gibt Dänemark ein gutes Beispiel.“

Lars Harms (SSW)

## Blühende Landschaften am Straßenrand

Blumen gegen das Artensterben: Der Landtag hat sich im Mai einstimmig für mehr „Straßenbegleitgrün“ ausgesprochen, um die Lebensgrundlage von Bienen und anderen bedrohten Insekten zu verbessern. Volker Schnurrbusch (AfD), der die Debatte angestoßen hatte, forderte „verbindliche Vorgaben für die Begrünung“, damit entlang der Straßen ein landesweites „Netzwerk“ entsteht. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) kündigte entsprechende „Leitlinien“ für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr an. Allerdings seien Verkehrssicherheit, Entwässerung und

Erosionsgefahr bei der Auswahl der Standorte zu beachten.

Beispiele gibt es schon, etwa das Programm „Schleswig-Holstein blüht auf“ des Umweltministeriums, das Projekt „BlütenReich Schleswig-Holstein“ des Heimatbundes oder Aktionen der Stiftung Naturschutz und der Landwirte. Der Bauernverband verweist darauf, dass es im Lande bereits 6.159 Hektar Blühflächen gebe. Das entspricht einem fünf Meter breiten Streifen von 12.314 Kilometer Länge. Das schleswig-holsteinische Straßennetz misst etwa 37.000 Kilometer.



Blühstreifen entstehen an vielen Orten – auch gegenüber dem Landeshaus.



# Unfälle mit Lkw: Abbiege-Assistenten können Leben retten

Immer wieder übersehen Lastwagenfahrer beim Rechtsabbiegen, dass sich Radfahrer im toten Winkel befinden – oft mit fatalem Ausgang. Im Jahr 2017 kamen deutschlandweit laut Unfallforschern 77 Fahrradfahrer bei Unfällen mit Lkw ums Leben. 30 davon wurden beim Rechtsabbiegen übersehen. Mitte Juni kam es binnen weniger Tage durch abbiegende Brummis zu einem tödlichen Unfall in Hamburg sowie zu zwei Schwerverletzten in Hamburg und in Norderstedt.

Der Landtag appelliert deswegen an Lkw-Besitzer, ihre Fahrzeuge mit sogenannten Abbiege-Assistenten auszustatten. Das sind Kameras, Radaranlagen oder Ultraschallsensoren, die Alarm schlagen, wenn sich ein Fahrrad nähert.

Ein fünf Millionen Euro schweres Bundesförderprogramm zur Nachrüstung von Lastwagen war bereits nach wenigen Tagen vergriffen. Die Landesregierung soll sich deswegen in Berlin für eine Aufstockung des Programms einsetzen, forderte Lukas Kilian (CDU) in der Mai-Sitzung. Zudem solle das Land seine eigenen Großfahrzeuge nachbessern, so wie es die Städte Hamburg und Neumünster bereits auf den Weg gebracht haben. „Das Land geht mit gutem Beispiel voran“, entgegnete Sozialminister Heiner Garg (FDP). Alte Fahrzeuge der Jahrgänge 2016 bis 2018 würden nachgerüstet, neue Lkw nur noch mit Assistent angeschafft.

Kai Vogel (SPD) wies darauf hin, dass die Anzahl der Fahrradunfälle seit Jahren steige. Schulkinder, aber auch 45- bis 65-Jährige seien vorrangig betroffen. Eine Ursache: „Der stetig steigende Auto- und Schwerlastverkehr führt zu mehr Hektik“.

Auch die Verkehrsminister des Bundes und der Länder haben sich im April für die Assistenten ausgesprochen. Der Berliner Ressortchef Andreas Scheuer (CSU) setzt sich für eine verpflichtende Einführung in neuen Fahrzeugen ab 2020 ein. Auch auf europäischer Ebene gibt es Vorgaben. Ab 2022 sollen neue Typen von Lastwagen und Bussen nur noch mit Abbiege-Assistent auf den Markt kommen. 2024 sollen dann alle Neuzulassungen entsprechend ausgerüstet sein. Nach Schätzungen des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) verfügen derzeit weniger als fünf

Prozent der Lkw über ein solches etwa 1.500 Euro teures System. Der ADFC schlägt deswegen vor, bei innerstädtischen Lkw-Fahrten einen Beifahrer zur Pflicht zu machen.



Radfahren im Schatten eines Lastwagens: Dieser Lkw verfügt am Rückspiegel bereits über einen Abbiege-Assistenten.

## Klimabericht: „Ambitioniert, aber noch nicht gut genug“

Schleswig-Holstein wird seine selbst gesetzten Ziele bei der Energiewende in den kommenden Jahren wohl verfehlen. Das geht aus dem alljährlichen Bericht des Umweltministeriums zu diesem Thema hervor. „Wir sind gut, müssen aber deutlich besser werden“, betonte Minister Jan Philipp Albrecht (Grüne) in der Juni-Tagung. Der Norden sei zwar „eines der ambitioniertesten Länder“ und habe um 20 Prozent niedrigere Pro-Kopf-Emissionen als der Bundesschnitt. Aber „in den Bereichen Wärme, Verkehr und Landwirtschaft sind wir noch nicht gut genug“.

Im Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2017 sind verbindliche Zielmarken genannt. So will das Land seine Emissionen der Treibhausgase Kohlendioxid, Methan und Stickstoffdioxid bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 herunterfahren. 2017 lag das Minus jedoch erst bei 25,3 Prozent. Bei der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ist bis 2025 ein Zielwert von 37 Terrawattstunden (TWh) vorgesehen. Das entspräche einem Anteil von 230 bis 250 Prozent des Eigenbedarfs. 2017 lagen die Werte aber erst bei 22,6 TWh

und 156 Prozent. Berlin müsse seine „zögerliche Politik beim Ausbau der Netze“ beschleunigen, forderte Albrecht.

Die gesetzten Zielmarken werden „auch im Energiewendeland Schleswig-Holstein“ nicht erreicht werden, sagte Tobias Koch (CDU). Jamaika unternehme jedoch „einen echten Kraftakt“. So solle es neue Triebwagen im Nahverkehr geben – die CO<sub>2</sub>-Einsparung werde „gewaltig sein“. In Brunsbüttel sei ein Terminal für das Flüssiggas LNG geplant, damit „auf Schweröl im Schiffsverkehr verzichtet werden kann“, so Koch.

„Viele Worte, wenig Taten, viel Stillstand“, lautete dagegen das Fazit von Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD). In Schleswig-Holstein werde der Ausbau der Windenergie „gegen die Wand gefahren“. Eine dringend nötige „Neuausrichtung der Landwirtschaft“ gebe es nicht. „Die Menschen sind frustriert, weil nichts entschieden wird“, so Stegner.

**Mehr zur Windenergie auf Seite 25.**

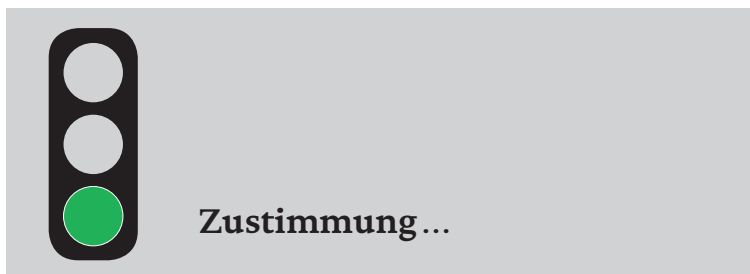
# Klimaschutz in die Verfassung: notwendig oder überflüssig?

**Sollte der Klimaschutz als Staatsziel in die Landesverfassung geschrieben werden? Zu dieser Frage wird der Innen- und Rechtsausschuss nach der Sommerpause zu einer mündlichen Anhörung einladen. Fachleute und Verbandsvertreter werden dann ihre Position darlegen.**

Die SPD hat die Verfassungsänderung im März angeregt. Der Klimawandel wird nach Auffassung der Sozialdemokraten in den kommenden Jahrzehnten „die größte Aufgabe der Politik“ sein. Grüne und SSW unterstützen den Plan. CDU, FDP und AfD sind hingegen skeptisch.

Bisher heißt es in Artikel 11 der Landesverfassung: „Die natürlichen Grundlagen des Lebens sowie die Tiere stehen unter dem besonderen Schutz des Landes“. Die SPD will hinter den „natürlichen Grundlagen des Lebens“ den Zusatz „insbesondere das Klima“ einfügen. Der SSW schlägt vor, das Wort „insbesondere“ zu streichen, um keine „Wertehierarchie“ zwischen den verschiedenen Zielsetzungen vorzunehmen.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat 40 Institutionen und Persönlichkeiten um schriftliche Stellungnahmen gebeten. Deren Ausführungen werden dann in der mündlichen Anhörung noch einmal vertieft diskutiert. Auch unter den Experten gibt es Pro- und Kontra-Stimmen:

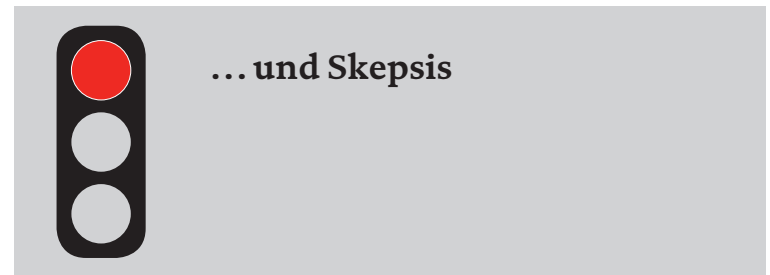


**Greenpeace** hält den SPD-Vorstoß für „mehr als gerechtfertigt“. Wenn der Klimawandel nicht in Grenzen gehalten werde, „wird auch der Schutz aller weiteren ökologischen Lebensgrundlagen in Frage gestellt“ – etwa Böden, Trinkwasser oder Nahrungspflanzen. Schleswig-Holstein sei zudem vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht, und deswegen sei der Klimaschutz hier „eine Frage der Existenz“.

Auch Vertreter der „**Fridays-for-Future**“-Bewegung äußern sich positiv, verlangen aber „mehr als nur Symbolpolitik“. Ihre Anregung: „Wir fordern, dass es, ähnlich wie bei der inzwischen in der Verfassung verankerten Schuldenbremse aus dem Jahr 2010, rechtlich bindend wird, ab 2035 nicht mehr Emissionen in Schleswig-Holstein auszustoßen, als auch in Schleswig-Holstein durch die Natur gebunden werden.“

Der Landesverband der **Naturfreunde** lobt das Vorhaben als „ambitionierten Schritt“, warnt aber vor reiner „Verfassungsliturgie“, denn „Klimaschutz entscheidet sich jeden Tag im konkreten Handeln, regional und lokal“.

Der **Naturschutzbund NABU** stimmt dem SPD-Entwurf zu und fordert zudem, den „Schutz der Biodiversität“ ebenfalls in die Verfassung aufzunehmen. Etwa eine Million Arten seien vom Aussterben bedroht – dem müsse „energisch und nachhaltig entgegengewirkt werden“.



Die schleswig-holsteinische **Landwirtschaftskammer** hält eine Verfassungsänderung „nicht für notwendig“. Das Energiewende- und Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2017 enthalte bereits entsprechende Regelungen. „Eine abstrakte Festschreibung in der Verfassung des Landes ist dagegen weniger handlungsorientiert als konkrete gesetzliche Zielvorgaben.“

Der ehemalige Bundesjustizminister **Edzard Schmidt-Jortzig (FDP)**, Jura-Professor an der Uni Kiel, hält den Begriff „Klima“ für „viel zu unkonkret“. Denn: „Klima‘ meint terminologisch ja einen ganzen Fächer von meteorologischen und atmosphärischen Zuständen.“ Der SPD-Vorschlag bringe also „begrifflich keinen Mehrwert“.

Der **Bauernverband** sieht „keinen verfassungspolitischen Handlungsbedarf“. Der Gesetzgeber könne bereits jetzt Maßnahmen zum Klimaschutz treffen. „Komplexe umweltrechtliche Grundsatzentscheidungen“ ließen sich ohnehin „nicht verfassungsrechtlich zementieren“.

Die **Unternehmensverbände Nord** halten eine Verfassungsänderung für „weder rechtlich erforderlich noch aus unserer Sicht politisch zwingend geboten“ und ergänzen: „Damit stellen wir nicht in Abrede, dass der Klimaschutz auch für die schleswig-holsteinische Wirtschaft einen hohen Stellenwert hat.“



Ob eine Verfassungsergänzung das passende Haltesignal für die Folgen des Klimawandels ist – darüber herrscht Uneinigkeit im Landtag wie unter Verbandsvertretern.



# Ab 2022 fahren Akku-Züge durchs Land

Auf Schleswig-Holsteins Bahnstrecken sollen ab Ende 2022 Akku-Elektrozüge rollen. Sie werden auch auf nicht elektrifizierten Strecken die bislang dominierenden Diesel-Züge ersetzen. Der Wirtschafts- und der Finanzausschuss stimmten Ende Juni einem entsprechenden Vergabevotum der Nahverkehrsgesellschaft Nah.sh zu.

Die neuen Züge sollen auf den Strecken Kiel-Lübeck-Lüneburg, Bad Oldesloe-Neumünster-Heide-Büsum, Kiel-Husum, Husum-St. Peter-Ording, Kiel-Rendsburg sowie Kiel-Eckernförde-Flensburg zum Einsatz kommen. „Mit dieser Vergabe wird Schleswig-Holstein bundesweit Vorreiter im Bahnverkehr sein“, sagte Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP). Bislang sind nur 30 Prozent der Bahnstrecken im Lande elektrifiziert, Schleswig-Holstein belegt damit im Bundesvergleich einen hinteren Platz. „Wir schaffen hier ein Stück der nötigen Elektrifizierung des Bahnverkehrs, ohne in die teuren Oberleitungen investieren

zu müssen“, so Buchholz. Den Zuschlag für 55 neue Akku-Triebwagen soll der deutsch-schweizerische Konzern Stadler erhalten. Berichten zufolge belaufen sich die Kosten für die Fahrzeuge vom Typ „Flirt Akku“ im Haushalt auf jährlich knapp 80 Millionen Euro. Das Geld soll aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes für den Bahnverkehr kommen. Die Elektrobahnen haben 124 Sitzplätze. Sie sind barrierefrei, klimatisiert und mit WLAN ausgestattet.

Die Akkus sind auf dem Dach montiert. Ihre Reichweite soll bis zu 150 Kilometer betragen. Sie werden an den Oberleitungen

in einigen Endbahnhöfen sowie auf bestimmten Streckenabschnitten aufgeladen. Für die Instandhaltung der Elektrobahnen soll Stadler verantwortlich sein. Dafür sind in Rendsburg und Neumünster Werkstätten geplant. „Gerade nach den Erfahrungen auf der Marschbahn (s. Landtagszeitschrift 1/2018), aber auch in anderen Netzen, war es uns wichtig, den Hersteller hier ganz stark mit in die Alltagsverantwortung zu nehmen“, sagte Buchholz.

## Sozialausschuss erarbeitet Hilfspaket für Obdachlose

Der Sozialausschuss hat ein Maßnahmenpaket zum Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit angeregt. Der Landtag stimmte dem Papier im Juni einstimmig zu. Das Parlament knüpft damit an Initiativen aus dem vergangenen Winter an und wirbt erneut für mehr öffentliche Aufmerksamkeit und mehr Wertschätzung.

Von Obdachlosigkeit „kann jeder betroffen sein“, betonte der Ausschussvorsitzende Werner Kalinka (CDU) im Juni-Plenum: „Das geht quer durch alle Berufs- und Altersschichten.“ Es seien stets anfangs kleine Probleme, die dann größer würden und am Ende unlösbar erschienen. „Wir können nur allen zurufen: Es gibt kein Problem, bei dem am Ende nur die Sackgasse steht“, unterstrich Kalinka.

Die Anregungen des Landtages: Die Abgeordneten fordern eine bundesweite Studie über Ausmaß und Ursachen der Wohnungslosigkeit. Betroffene oder Gefährdete sollen besser über ihre rechtlichen Möglichkeiten informiert werden – etwa über die im Sozialgesetzbuch vorgesehene Mietschuldübernahme oder



über die Anlauf- und Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände. Menschen verlieren in der Regel dann eine Wohnung oder finden keine neue, wenn ihnen nicht ausreichende Bonität unterstellt wird. Der Landtag fordert deswegen, die Schufa-Regeln zu überarbeiten. Die „Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“ in Wiesbaden ermöglicht es Vermietern, sich über die finanzielle Lage eines Wohnungsinteressenten zu informieren. Der Umgang mit den Daten müsse für Mieter transparenter und besser überprüfbar erfolgen, so die Forderung.

Außerdem sei der Bau von bezahlbarem Wohnraum entscheidend.

Der Sozialausschuss will das Thema in einem „Gesprächs- und Arbeitsforum“ dauerhaft im Blick behalten. Das Parlament hatte im Februar einen Empfang für obdachlose Menschen ausgerichtet. Politiker und Verwaltungsmitarbeiter übernahmen dabei die Bewirtung. Mitte Juni lud der Landtag Betroffene zu einem Grillabend am Landeshaus ein. **Mehr dazu auf Seite 31.**

# Kaliningrad-Jubiläum mit schwierigen Vorzeichen

Vor 20 Jahren schloss das Land sein Partnerschaftsabkommen mit der russischen Region Kaliningrad ab. Im kommenden Jahr steht zudem das 20. Jubiläum der Partnerschaft zwischen dem Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma an. Im gelegentlich schwierigen Verhältnis Schleswig-Holsteins mit der russischen Ostsee-Exklave „zeigt sich das Auf und Ab der europäischen Beziehungen mit Russland“, betonte Europaministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) Ende April im Europaausschuss.

Trotz aktueller Spannungen ist ein umfangreiches Jubiläumsprogramm geplant. So wird der Kaliningrader Gebietsgouverneur Anton Alichanow im Dezember im Lande erwartet. Vorgesehen ist ein Besuch des Lübecker Hafens und des russischen Mittelstandstages in Hamburg. Der Europaausschuss berät über gegenseitige Hospitationen von Abgeordneten des Landtages und der Gebietsduma.

Die Landeshauptstadt Kiel, die mit der Stadt Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, und mit Sowjetsk (früher: Tilsit) zwei Partnerstädte in der Region hat, plant einen Festakt im Schauspielhaus. Auf dem Flensburger Museumsberg ist von November bis Februar eine Ausstellung mit deutschen, dänischen und russischen Künstlern vorgesehen, und die Akademie Sankelmark veranstaltet ein Ostpreußen-Seminar.

Im Gegenzug sollen schleswig-holsteinische Werke auf den deutsch-russischen Dokumentarfilmtagen im Oktober in Kaliningrad zu sehen sein. Allerdings versuche das Moskauer Kulturministerium, Einfluss auf die Auswahl der Beiträge zu nehmen, berichtete die Ministerin: „Wir



Das neue Kaliningrad: die 2006 eingeweihte Christ-Erlöser-Kathedrale auf dem Siegesplatz, dem früheren Hansaplatz

werden darauf hinweisen, dass unsere Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit andere sind.“ Der Vorsitzende des Europaausschusses, der SPD-Parlamentarier Wolfgang Baasch, äußerte die Hoffnung, „dass die Verbindungen besser werden und dass die politische Großwetterlage nicht mehr so stark die regionale Partnerschaft beeinflusst“.

## Digitalisierung im Ostseeraum gemeinsam gestalten

Mit dem Ruf nach einer „leistungsstarken, modernen digitalen Infrastruktur“ ist das 17. Parlamentsforum Südliche Ostsee Ende Juni in Schwerin zu Ende gegangen.

Die 75 Teilnehmer geben in ihrer Abschlussresolution das Ziel aus, „die Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte

Bildung und Ausbildung der kommenden Generationen bereits heute zu schaffen“, um ausreichend Fachkräfte in diesem Bereich zu gewinnen. Weiteren „dringenden“ Handlungsbedarf sieht das Parlamentsforum darin, „die Entwicklung digitaler Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen stärker zu unterstützen“. Außerdem sei eine „leistungsstarke, moderne digitale Infrastruktur flächendeckend“ sicherzustellen sowie auf die „Errichtung eines gemeinsamen digitalen Informationsportals im Touris-

mussektor hinzuwirken“. Zugleich wird in der Resolution aber auch vor einer Abhängigkeit von Telekommunikations- und Informationssystemen gewarnt. Und: Es seien „Ausfälle zentraler Stromversorgungssysteme zu reduzieren“.

Im Parlamentsforum Südliche Ostsee kommen die Landtage von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, die Hamburger Bürgerschaft, die polnischen Sejmiks von Pommern, Westpommern und Ermland-Masuren und die Gebietsduma Kaliningrad zusammen. Der Regionsrat Schonen (Südschweden) ist assoziatives Mitglied.



Mecklenburg-Vorpommerns Parlamentspräsidentin Birgit Hesse begrüßt die Forumsteilnehmer im Schweriner Schloss.



# Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

## Briefe vom Amt sind oft schwer zu verstehen

Die Abgeordneten im Land-Tag haben erkannt: Viele Menschen können Briefe vom Amt nicht verstehen. Denn die Sätze sind oft zu lang. Und viele Wörter sind schwierig oder unbekannt.

Dieses Problem haben alle Menschen. Egal welche Schule sie besucht haben. Oder ob sie auf der Universität waren. Das sagt Samiah El Samadoni. Sie ist die Bürger-Beauftragte von Schleswig-Holstein.

Deswegen fordern die Abgeordneten im Sozial-Ausschuss: Die Sprache soll einfacher werden.

Werner Kalinka ist der Vorsitzende vom Ausschuss. Er sagt: Die Mitarbeiter in den Ämtern sollen lernen: Wie spreche und schreibe ich damit mich alle Menschen gut verstehen?

Wolfgang Baasch ist Abgeordneter von der SPD. Er sagt: Manche Mitarbeiter schreiben ein ganzes Gesetz in einen Brief rein. Das ist gar nicht nötig.

Ulrich Hase ist der Behinderten-Beauftragte von Schleswig-Holstein. Er sagt: Es muss etwas passieren. Denn alle Menschen haben ein Recht darauf Briefe vom Amt zu verstehen.

Aber: Die Briefe müssen nicht nur gut zu verstehen sein. Sie müssen auch ganz genau und korrekt sein. Die Schreiben müssen verständlich und rechts-sicher sein. Das sagt Marret Bohn. Sie ist Abgeordnete von den Grünen.

Das geht oft nicht mit Leichter Sprache. Das sagt Andrea Tschacher. Sie ist Abgeordnete von der CDU.

Deswegen gibt es den Vorschlag: Die Briefe sollen in verständlicher Sprache geschrieben werden. Sie dürfen keine Fach-Wörter enthalten und müssen gut zu lesen sein. Und dazu soll es noch einen kurzen Text in Leichter Sprache geben. Damit wirklich alle den Brief verstehen können.



### Erklärungen:

**Sozial-Ausschuss:** Die Leute im Land-Tag heißen Abgeordnete. In einem Ausschuss kümmern sich elf Abgeordnete um eine Sache. Zum Beispiel um Bildung oder Umwelt oder Sozial-Politik.



Marret Bohn von den Grünen



Wolfgang Baasch von der SPD



Der Andrang war groß an diesem Sonntag. Bereits am Vormittag bildete sich eine Schlange vor dem Haupteingang des Landeshauses. Am Abend hatten schätzungsweise 20.000 Menschen den Landtag besucht.

# TAG DER OFFENHEIT AM 16. JUNI



Im Sitzungssaal 139 nahmen Jugendliche die Plätze der Abgeordneten ein und setzten sich in einem Rollenspiel mit der Arbeit des Petitionsausschusses auseinander. „Echte“ Abgeordnete unterstützten sie dabei.



Landtagspräsident Klaus Schlie öffnete sein Büro und schilderte den Gästen seinen Arbeitsalltag.



Der Paternoster wurde an diesem Tag für eine besondere Art von „Fahrstuhlmusik“ genutzt: Musiker reisten in den Kabinen durch die Etagen.



Der Plenarsaal stand den Gästen den ganzen Tag lang offen. Abgeordnete sprachen in mehreren Diskussionsrunden über ihre Arbeit und legten ihre politischen Standpunkte dar.



# PLANEN TÜR 2019



In „Haus B“, dem Nebengebäude nördlich des Landeshauses, treffen sich der Ältestenrat und das Landeskabinet. Gäste konnten einen Blick in den Sitzungssaal werfen.



Parteiübergreifendes Treffen am Grünen-Stand: die Abgeordneten Sandra Redmann (SPD), Hans-Jörn Arp (CDU) und Marlies Fritzen (Grüne).



Felix, Jesko und Marcel (v. l.) aus Lübeck gewannen mit ihrem Lied „Unantastbar“ den „Demokratie-Song-Contest“. In ihrem Text heißt es: „Eine Sache ist wohl klar – das Grundgesetz ist für alle da. Die Würde des Menschen ist unantastbar!“



Diskussionsrunde im Plenarsaal: Die NDR-Journalisten Stefan Böhnke (li.) und Julia Stein (re.) befragen (v.li.) Jörg Nobis (AfD), Tobias Koch (CDU), Jette Waldinger-Thiering (SSW), Eka von Kalben (Grüne), Ralf Stegner (SPD) und Christopher Vogt (FDP).



Auch die Maskottchen der sportlichen Aushängeschilder Schleswig-Holsteins waren am Start (v. li.): „SiGi“ (SG Flensburg-Handewitt), „Hein Daddel“ (THW Kiel) und „Stolle“ (Holstein Kiel).



# Landtag fordert klare Regeln für Rüstungsexporte

**Angesichts der kontroversen Debatte über die Ausfuhr deutscher Waffen nach Saudi-Arabien fordert der Landtag eindeutige Vorgaben. Deutsche Wehrtechnik solle nicht in Krisengebiete gelangen, nicht zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt werden und nur der Sicherheit und der Verteidigung dienen. Diesen Appell schickte das Landesparlament nach Berlin. Die Ausfuhrgenehmigung für Kriegswaffen muss die Bundesregierung erteilen.**

Die SPD hatte die Debatte mit der Forderung nach einer „verlässlichen, wertegeleiteten und restriktiven Rüstungsexportpolitik“ angestoßen. Deutschland ist laut einer aktuellen Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI weltweit der viertgrößte Rüstungsexporteur

hinter den USA, Russland und Frankreich. Die Bundesrepublik dürfe aber „hochproblematische Länder“ nicht beliefern, so SPD-Fraktionschef Ralf Stegner – etwa die „blutrünstige Diktatur“ Saudi-Arabien, die „ohne Zweifel am Krieg im Jemen beteiligt“ sei. Gegen das Königreich hatte die Bundesregierung nach der Ermordung des Regimekritikers Jamal Kashoggi im vergangenen November einen vorläufigen Ausfuhrstopp verhängt.

Auch Bernd Voß (Grüne) mahnte „strengste Regeln der Moral und Ethik“ an. Waffen seien „keine normalen Waren für den freien Weltmarkt“. Voß forderte „gesetzliche Regeln mit klaren Kriterien, einer Begründungspflicht und einer gerichtlichen Überprüfbarkeit“. Jörg Nobis (AfD) sprach sich ebenfalls dafür aus, „Waffenexporte

in Krisenregionen und insbesondere an Willkürregime umgehend zu beenden“.

Die Situation sei „wesentlich komplizierter, als man es in wenige Worte einer Resolution hier im Landtag fassen kann“, merkte Lars Harms (SSW) an. So seien Waffenlieferungen in Krisengebiete manchmal angemessen – etwa an die kurdischen Einheiten im Irak, die dort gegen die Terrororganisation IS kämpfen.

## „Legitimes Mittel der Außenpolitik“

„Leider sind wir von einer Welt, in der allein Verhandlungen Konflikte lösen, noch weit entfernt“, sagte Hartmut Hamerich (CDU). Rüstungsexporte seien „ein legitimes und unverzichtbares Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik“, und es sei „selbstverständlich“, verbündete Länder zu beliefern. Deutschland sei keineswegs „das Zentrum zügellosen Waffenhandels“, betonte auch Christopher Vogt (FDP). Neben den Bündnispartnern seien zum Beispiel Israel, die Schweiz oder Südkorea vertrauenswürdige Abnehmer.

Sozialminister Heiner Garg vertrat den erkrankten Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (beide FDP). Er verwies auf die schleswig-holsteinische Wehrindustrie, die „einen erheblichen Beitrag zur Wertschöpfung“ leiste und „zur Sicherheit von Frieden weltweit“ beitrage. Allein in Kiel gebe es 4.800 Arbeitsplätze in diesem Bereich. „Das Problem für diese Unternehmen sind die immer wieder intransparenten Einzelfallentscheidungen der Bundesregierung“, so Garg. Am Ende beschloss der Landtag mehrheitlich einen Jamaika-Antrag, der sich für eine „transparente europäische Rüstungsexportpolitik“ ausspricht.



Auch aus Schleswig-Holstein gehen Rüstungsexporte in die Welt, im vergangenen Juni beispielsweise ein U-Boot für die ägyptische Marine, gefertigt auf einer Kieler Werft.

## Schulzeugnisse bald auch auf Englisch?

Für schleswig-holsteinische Schulabsolventen wird es möglicherweise bald einfacher, einen Studienplatz, eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle im Ausland zu finden. Der Landtag hat das Bildungsministerium im Mai gebeten, Mustervorlagen für englischsprachige Abschlusszeugnisse zu entwickeln. Die Idee: Die Schule erstellt auf Wunsch eine international anerkannte Übersetzung. „Ein Auslandsaufenthalt sollte heute selbstverständlicher Bestandteil der persönlichen

Bildungsbiografie sein“, betont die SPD-Fraktion, die die Initiative im Bildungsausschuss angestoßen hatte. Ein Abschlusszeugnis „in einer amtlichen, rechtlich wie sprachlich einwandfreien Übersetzung“ sei dabei eine wichtige Hilfe. Jamaika unterstützte den Vorstoß und verwies darauf, dass die Landesregierung derzeit an einer „Internationalisierungsstrategie für Schleswig-Holsteins Schulen“ arbeite. Das Parlament winkte den Vorschlag aus dem Ausschuss im Mai mit großer Mehrheit durch, nur die AfD enthielt sich.



## Internet I: Online-Glücksspiel bleibt erlaubt

Die rund 20 im Lande aktiven Unternehmen mit Lizenz für Online-Glücksspiel haben zunächst Bestandsschutz. Das beschloss der Landtag im Mai. Die ausgelaufenen Genehmigungen für Casinospiele, Poker und Sportwetten werden für eine Übergangsphase bis maximal 30. Juni 2021 verlängert. Dann, so die Hoffnung, soll ein neuer Staatsvertrag aller Bundesländer fertig sein, der das Glücksspiel im Internet erlaubt und zugleich reguliert. Der Gesetzentwurf von CDU, Grünen, FDP und SSW fand auch die Zustimmung der AfD. Lediglich die SPD votierte dagegen.

„Es ist uns jetzt gelungen, einen Weg gemeinsam mit den anderen Ländern zu finden“, betonte Hans-Jörn Arp (CDU). „Wir sind nicht mehr allein“, sagte Arp mit Blick auf den bisherigen Sonderweg Schleswig-Holsteins bei diesem Thema. 2011 hatte die damalige schwarz-gelbe Koalition ein liberales landeseigenes Glücksspielgesetz beschlossen und sich damit gegen den restriktiven Kurs der übrigen 15 Länder gestellt. Inzwischen sei aber allen Verantwortlichen klar, dass es um die Regulierung eines „riesengroßen“ Marktes gehe, so Arp. Die Branche setze 84 Milliarden Euro um, und „daraus darf sich der Staat nicht zurückziehen“.

Kai Dolgner (SPD) nahm die im Lande tätigen Glücksspielunternehmen ins Visier. Mehrere Firmen hätten ihre Angebote im Netz



Ein Klick, und es locken Gewinne – aber auch finanzielle Einbußen und Spielsucht.

belassen, auch nachdem ihre Lizenzen aus dem Jahr 2012 nach sieben Jahren abgelaufen waren. „Sie legalisieren nachträglich das Verhalten derjenigen, die bewusst einen Regelbruch begangen haben“, warf er den Befürwortern vor. Stattdessen hätte das Innenministerium die Anbieter einer „Zuverlässigkeitsprüfung“ unterziehen sollen, mahnte Dolgner.

„Das Dilemma liegt doch auf der Hand“, zeigte sich auch Burkhard Peters (Grüne) ebenfalls wenig begeistert von der Casino-Branche. Die Grünen und der SSW hatten

das schwarz-gelbe Gesetz gemeinsam mit der SPD nach ihrer Regierungsübernahme 2012 außer Kraft gesetzt. Die Entwicklung des Spiele-Marktes habe inzwischen aber zu einer Meinungsänderung bei den Grünen geführt, sagte Peters. Trotz eines „klaren Verbots“ könnten „alle Menschen in Deutschland jederzeit und problemlos in Online-Casinos zocken“. Suchtgefährdete seien im derzeitigen „Graumarkt“ schutzlos ausgeliefert. Durch die staatliche Regelung hingegen würden Minderjährige und Spielsüchtige geschützt, etwa über Zugangssperren und „Safe Server“.

## Internet II: Menschliches Auge statt Upload-Filter

**Im Landtag gibt es eine breite Front gegen Upload-Filter für Internet-Plattformen. Diese Sperr-Programme könnten als Folge des neuen EU-Urheberrechts auf Nutzer des World Wide Web zukommen. Redner aller Fraktionen pochten in der Mai-Sitzung auf Meinungs- und Kunstfreiheit. Ein Lösungsansatz: Nicht Filterprogramme, sondern Menschen könnten die Beiträge prüfen.**

Die Urheberrechtsreform soll die Rechte von Künstlern und Autoren schützen. Deren Werke sollen nicht ohne Genehmigung auf YouTube oder Facebook auftauchen. Upload-Filter können geschützte Inhalte schon beim Hochladen erkennen und aussortieren. Kritiker fürchten aber, dass die Programme zu

viel blockieren, und warnen vor Zensur.

Die EU-Länder haben bis 2021 Zeit, die neuen Regeln in nationales Recht umzusetzen. Es geht um Millionen von Fotos und Filmen, die täglich im Internet landen. „Wenn Plattformen alle Inhalte, die Nutzer ins Netz stellen wollen, vorab durchleuchten müssen, schafft das gravierende Probleme“, warnte Lars Harms vom SSW, der das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte. „Satirische und kritische Inhalte“ seien durch automatisierte, anonyme Filter „akut bedroht“.

Die Bundesregierung hatte dem Reformwerk im April zwar zugestimmt, reagierte aber mit einer Zusatzklärung auf die bundesweiten Proteste. Darin bekennt sich Berlin zu „freien, unzensurierten Kommunikationskanälen für die Zivilgesellschaft“. Das sei kaum mehr als

eine „unverbindliche Protokollerklärung“, monierte Stephan Holowaty (FDP): „Ich kann mir weder technisch noch juristisch vorstellen, wie in Deutschland Upload-Filter verboten, in anderen Ländern aber verpflichtend sein sollen.“ Ein Ausweg wäre es, jeden Beitrag vor dem Hochladen manuell zu prüfen, so Holowaty. Das aber würde „Stunden, Tage oder Wochen“ dauern.

Digitalisierungsminister Jan Philipp Albrecht (Grüne), bis vergangenen August Abgeordneter im EU-Parlament, plädierte ebenfalls dafür, auf „rein automatisierte Verfahren“ zu verzichten. Ein Mensch sollte die Entscheidungen der Sperrprogramme „im Zweifel überprüfen können“.

# Aufstocken, nachverdichten: mehr Wohnraum ohne „Flächenfraß“

Um den Engpass am Wohnungsmarkt zu beseitigen, will Jamaika die Landesbauordnung entschlacken. Allein durch Aufstockung könnten im Lande nach Schätzung der Koalition bis zu 48.000 neue Wohnungen entstehen. Gute Idee – aber nicht ausreichend, hieß es bei der Opposition.

„Neubau ist nicht die einzige Möglichkeit zur Beschaffung von Wohnraum“, warb Peter Lehnert (CDU) für „Nachverdichtung“. Der Vorstoß bekämpfte auch den enormen „Flächenfraß“ durch neue Baugebiete, merkte Andreas Tietze (Grüne) an. Jan Marcus Rossa (FDP) sah in dem Gesetzentwurf ein Signal an Wohnungsbaufirmen, „dass Investitionen privater Unternehmen in Schleswig-Holstein nach wie vor willkommen sind“ und von Enteignungen nicht bedroht seien – trotz einer aktuellen Diskussion über dieses Thema.

CDU, Grüne und Liberale wollen die Pflicht zur Nachrüstung eines Aufzuges abschaffen.

Die Verwendung von Holz als Baumaterial soll erleichtert werden. Die bisherige Mindestgröße für Abstellräume soll abgeschafft werden. Außerdem sollen in beliebten Innenstadtquartieren geringere Abstände erlaubt werden. Eine Baugenehmigung soll nur einmal nötig sein, wenn Häuser vom selben Typ an mehreren Standorten errichtet werden.

Der Entwurf sei „richtig und konsequent“, befand Özlem Ünsal (SPD). Der Dachausbau allein werde aber „das Problem sicherlich nicht lösen“. Sie machte sich erneut für eine Mietpreisbremse und kommunale Wohnungsgesellschaften stark.

Die AfD setzte sich zudem für einen zusätzlichen Steuerbonus für Bauherren ein. Die entsprechende Vorlage des Bundesinnenministeriums hat bereits den Bundestag passiert, liegt aber seit vergangenem Dezember im Bundesrat auf Eis. Das Gesetz soll es privaten Investoren ermöglichen, befristet für vier Jahre jeweils fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten einer neuen Wohnung abzusetzen. „Wir benötigen zusätzliche wirtschaftliche Impulse“, so Jörg Nobis (AfD).

## Wenden in der Rettungsgasse ist „lebensgefährlich“

Videos von Autofahrern, die in einem Stau kehrtmachen und durch die Rettungsgasse zurückfahren, haben im Mai die Öffentlichkeit schockiert. Die SPD will das Wenden in der Gasse schärfer sanktionieren – stand damit im Juni aber fast allein da.



Eine Rettungsgasse nach einem Unfall auf der A24 im Jahr 2016. Die Grundregeln: Fahrer auf dem linken Fahrstreifen weichen nach links aus. Fahrer auf allen anderen Fahrstreifen fahren nach rechts. Eine Rettungsgasse ist nicht erst dann zu bilden, wenn sich Einsatzfahrzeuge von hinten nähern, sondern bereits dann, wenn der Verkehr stockt.

Nach einem Unfall auf der A 1 bei Lübeck haben angeblich rund 40 Autofahrer im entstandenen Stau kehrt gemacht. Der SPD-Abgeordnete Kai Vogel prangerte dieses „katastrophale Fehlverhalten“ an. Wer so egoistisch handle, behindere die Einsatzkräfte und gefährde Leben. Dies müsse grundsätzlich mit einem Fahrverbot bestraft werden,

forderte Vogel. „Die jetzigen Bußgelder wirken kaum“, betonte der Sozialdemokrat. In Deutschland beginne der Strafenkatalog bei 75 Euro, in Österreich seien es hingegen mehr als 700 Euro. Selbst das Ignorieren einer roten Ampel werde derzeit strenger geahndet. Flemming Meyer (SSW) bekundete Sympathie für den SPD-Vorstoß: „Man geht davon aus, dass Einsatzkräfte den Unfallort in einer Rettungsgasse bis zu vier Minuten schneller

erreichen als über den Standstreifen. Dadurch können die Überlebenschancen der Unfallopfer um bis zu 40 Prozent erhöht werden.“

Die SPD fordere etwas, das bereits jetzt „der geltenden Rechtslage entspricht“, entgegnete Claus Christian Clausen (CDU). Es seien aktuell Bußgelder bis zu 320 Euro möglich, dazu ein Monat Fahrverbot sowie zwei Punkte in Flensburg. Bei Gefährdung von Leib und Leben sei sogar eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren vorgesehen. Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) wies darauf hin, dass der Bußgeldkatalog bereits 2017 „massiv verschärft“ worden sei. Für das nicht rechtzeitige Bilden einer Rettungsgasse drohen nun eine Strafzahlung von 200 statt von 20 Euro sowie zwei Punkte in Flensburg. Aber das sei „in so manchem Kopf bis heute nicht angekommen“, klagte der Minister. Autofahrer müssten über die Folgen ihres Handelns aufgeklärt werden – die Formel „mehr Sicherheit durch höhere Strafen“ treffe hingegen nicht zu. Der Wirtschafts- und der Innen- und Rechtsausschuss beraten das Thema weiter.



# Gesucht: eine Strategie gegen die Verschwendung

In Deutschland landen pro Jahr mindestens elf Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll – das besagen mehrere Studien. Etwa die Hälfte wird im Haushalt entsorgt, aber auch Einzelhandel und Gaststätten werfen essbare Speisen weg. Die SPD forderte im Juni gesetzliche Gegenmaßnahmen, etwa eine Pflicht für Händler, ihre Ausschusswaren an gemeinnützige Tafeln oder „Foodsharing“-Initiativen weiterzugeben. CDU, FDP und Grüne verwiesen hingegen darauf, dass viele Supermärkte bereits freiwillig mit den Initiativen zusammenarbeiten, und appellierten an die Einsicht der Verbraucher.

**Kirsten Eickhoff-Weber (SPD):** „Wir reden von Klimaschutz, von Nachhaltigkeit und von Ressourcenknappheit, aber mit den Lebensmitteln aasen wir, als gäbe es kein Morgen.“

**Anette Röttger (CDU):** „Wer es mit der Wertschätzung von Lebensmitteln ernst meint, achtet bereits beim Einkauf auf die angemessene Menge und die sachgerechte Lagerung. So wird vermieden, dass Lebens-

mittel nicht verzehrt und damit verschwendet werden.“

**Bernd Voß (Grüne):** „Es bleibt ein Skandal, dass die Niedrigstpreise von Lebensmitteln mit eine Ursache sind, dass in diesem Umfang weggeworfen wird. Das alles ist erst möglich durch Dumping und zum Teil durch prekäre Erzeugungsbedingungen entlang der Lebensmittelkette. Wir dürfen nicht das billig machen, was in Wirklichkeit wertvoll ist.“

**Dennys Bornhöft (FDP):** „In unserer Gesellschaft stehen Nahrungsmittel im Überfluss zur Verfügung. Aus Überfluss wird leicht Verschwendung. Die Lebensmittelverschwendung ist in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung für uns, denn sie schadet auch unserer Umwelt. Mit jedem Lebensmittel, das weggeworfen wird, wurde Boden, Arbeitskraft und Energie angewendet und ist somit CO<sub>2</sub>-Ausstoß verbunden.“

**Volker Schnurrbusch (AfD):** „Im Lebensmittel Einzelhandel fallen nur rund fünf Prozent der Verluste an. Der Handel hat per



se ein großes Interesse daran, Lebensmittel zu verkaufen. Jede weggeworfene Gurke, jede Wurst bedeutet einen Verlust, bedeutet fehlenden Umsatz trotz Kosten.“

**Flemming Meyer (SSW):** „Rabattschlachten verführen dazu, mehr einzukaufen, als man eigentlich wollte. ‚Drei zum Preis von zwei‘ sollte bei verderblichen Lebensmitteln grundsätzlich gesetzlich verboten werden – verderbliche Lebensmittel in Großpackungen übrigens auch, weil damit die Verschwendung programmiert ist.“

**Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne):** „Wir haben häufig eine viel zu geringe Wertschätzung für die Lebensmittel, die wir gerade auch in der Landwirtschaft produzieren. Wir haben durchaus Dumping- und Niedrigpreise, die das nicht unbedingt unterstützen.“

## „Containern“ – pro und kontra

Sollte es erlaubt werden, aussortierte Lebensmittel aus den Mülltonnen der Supermärkte zu fischen? Zurzeit gilt dies als Diebstahl oder Hausfriedensbruch. Die Justizminister von Bund und Ländern haben Anfang Juni einen Vorstoß aus Hamburg mehrheitlich abgelehnt, der auf die Legalisierung des „Containerns“

abzielte. Im Landtag ist die Meinung geteilt.

**Kirsten Eickhoff-Weber (SPD, li.)** forderte „rechtliche Rahmenbedingungen“ für das „Containern“ sowie eine Regelung „wie in Frankreich und in Tschechien“, die den Einzelhandel verpflichtet, verwertbare Lebensmittel an „gemeinnützige Initiativen zur Lebensmittelrettung“ abzugeben. Die Produkte müssten so abgestellt werden, dass die „Lebensmittelretter“ sie abholen könnten, „ohne in die Container zu tauchen“.

**Anette Röttger (CDU, re.)** lehnte gesetzliche Vorgaben ab und äußerte „erhebliche Bedenken gegen eine derartige Inbesitznahme von Lebensmitteln“. Auch



aussortierte Produkte befänden sich noch im Eigentum des Händlers und auf dessen Grundstück. Auch auf seinem Privatgrundstück wolle man schließlich nicht, dass fremde Menschen „zu jeder Tages- und Nachtzeit“ eindringen könnten, um sich an der Mülltonne zu bedienen.



# Vom Landtag ins Europaparlament

Bisher war Schleswig-Holstein im Europaparlament maximal mit drei Abgeordneten vertreten – in der neuen Wahlperiode sind es vier. Drei sind ehemalige Landtagsabgeordnete.

**Rasmus Andresen** gewann über Platz 16 der Grünen-Bundesliste das europäische Mandat. Der 33-jährige Flensburger gehörte dem Landtag seit 2009 an, seit 2017 war er zudem Vizepräsident. Andresen hat einen Bachelor-Abschluss in Verwaltungs- und Kommunikationswissenschaften an der Universität im dänischen Roskilde erworben. Sein Mandat im Landtag legte er zum 30. Juni nieder. „Für mich ist das kein Abschied, ich ändere nur den Platz“, stellte er in seiner letzten Rede fest. Für Andresens Posten als Vizepräsident des Landtages wollen die Grünen die Abgeordnete Aminata Touré nominieren. Die Wahl ist für die August-Sitzung geplant.



**Niclas Herbst** gelang der Sprung ins EU-Parlament als Spitzenkandidat der Nord-CDU. Herbst war von 2005 bis 2012 Landtagsabgeordneter. Von 2010 bis 2012 vertrat er das Land im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union. Der gebürtige Ratzeburger, der inzwischen in Kiel lebt, hat Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Psychologie studiert.



**Patrick Breyer** erreichte das EU-Parlament als bundesweiter Spitzenkandidat der Piratenpartei. Die Piraten holten 0,7 Prozent der Stimmen, das reichte für ein Mandat. Bei der Europawahl gibt es keine Sperrklausel. Der Jurist saß von 2012 bis 2017 im Landtag. Im EU-Parlament schließt er sich der Grünen-Fraktion an.



Auch **Delara Burkhardt** schaffte von Platz 5 der SPD-Bundesliste den Weg nach Europa. Die 26-jährige Sozialökonomin ist im Kreis Stormarn aufgewachsen. Sie ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos.



Mehr zur Europawahl auf Seite 24.

**Joschka Knuth** ist seit 1. Juli neuer Abgeordneter im Landtag. Er folgt auf Rasmus Andresen, der ins Europaparlament gewählt wurde. Knuth ist der nächstfolgende Kandidat auf der Grünen-Landesliste zur Landtagswahl 2017. Der 26-jährige Kieler arbeitete zuletzt bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Zuvor war der studierte Geograph persönlicher Referent von Ex-Umweltminister Robert Habeck und Sprecher des Umweltministeriums. In der Fraktion wird er für den Bereich Wirtschaftspolitik zuständig sein.



**Serpil Midyatli** ist Ende März zur Landesvorsitzenden der SPD gewählt worden. Die Abgeordnete aus Gettorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) folgt



auf **Ralf Stegner**, der sich nicht mehr zur Wahl stellte. Die Delegierten eines Landesparteitages in Norderstedt stimmten mit 90,1 Prozent für Midyatli. Sie ist die erste Frau an der Spitze des Landesverbands. Landtagsvizepräsidentin **Kirsten Eickhoff-Weber** wurde zur Beisitzerin des Vorstands gewählt. Schatzmeister der Nord-SPD bleibt der ehemalige Landtagsabgeordnete **Stefan Bolln**.

**Ralf Stegner** bleibt Fraktionschef der Sozialdemokraten. Bei der turnusmäßigen Wahl Mitte Juni erhielt er die Stimmen von 14 der 21 SPD-Abgeordneten. Stegner hatte keinen Gegenkandidaten. Er führt die Fraktion seit 2008. Seine Stellvertreter **Birte Pauls** und **Martin Habersaat** wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt. Neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist die Elmshorner Abgeordnete **Beate Raudies**. Die drei Vizes setzten sich in einer Listenwahl gegen zwei weitere Bewerber durch. Raudies übernahm den Posten von Serpil Midyatli, die nach ihrer Wahl zur Landesvorsitzenden ihr Amt im Frak-

tionsvorstand aufgegeben hatte. Midyatli wird dort nach Angaben der Fraktion aber künftig als „beratendes Mitglied“ vertreten sein. Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD bleibt **Birgit Herdejürgen**.

**Lars Harms** ist Mitte Mai bei der turnusmäßigen Vorstandswahl in seinem Amt als Vorsitzender der dreiköpfigen SSW-Gruppe bestätigt worden. Er hat diesen Posten seit 2012 inne. Seine Stellvertreterin bleibt **Jette Waldinger-Thiering**. Beide Wahlen erfolgten einstimmig.

**Tobias von der Heide** ist der neue Name des CDU-Abgeordneten Tobias Loose. Er hat Anfang Juni seine Verlobte **Cora** geheiratet und ihren Nachnamen angenommen. Der 34-jährige Kieler gehört dem Landtag seit 2017 an. In diesem Heft erscheinen Statements des Abgeordneten aus der Zeit vor seiner Trauung unter seinem vorherigen Namen (siehe S. 5).





**Anette Röttger** (CDU) und **Beate Raudies** (SPD) bleiben Vertreterinnen des Parlaments im Vorstand des Büchereivereins Schleswig-Holstein. Der Landtag bestätigte sie im Mai einstimmig.

**Doris von Sayn-Wittgenstein** ist Ende Juni in Henstedt-Ulzburg erneut zur Landesvorsitzenden der AfD gewählt worden. Sie war im Dezember 2018 von diesem Posten zurückgetreten und aus der Landtagsfraktion ausgeschlossen worden. Ihr wird vorgeworfen, für einen als rechtsextrem eingestuften Verein geworben zu haben.

**Dorit Kuhnt** ist seit Anfang April Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung. Sie folgt auf **Anke Erdmann**, die den Posten aus gesundheitlichen Gründen abgegeben hatte. Anke Erdmann saß von 2009 bis 2017 für die Grünen im Landtag und wechselte dann ins Umweltministerium.



Landtagspräsident Klaus Schlie verabschiedete sich Ende März von Anke Erdmann.

**Wolfgang Kubicki**, langjähriger FDP-Fraktionsvorsitzender im Landtag und seit 2017 Bundestagsabgeordneter sowie Vizepräsident des Bundestages, bleibt stellvertretender Bundesvorsitzender der Liberalen. Ein Parteitag in Berlin bestätigte ihn Ende April mit 84,6 Prozent der Stimmen im Amt. Der ehemalige Abgeordnete und jetzige Sozialminister **Heiner Garg** wurde in seinem Posten als Beisitzer des Bundesvorstandes mit 80,1 Prozent bestätigt.

**Torsten Albig**, von 2012 bis 2017 Ministerpräsident und SPD-Landtagsabgeordneter, wurde Mitte Juni ins Kuratorium der Quadriga-Hochschule Berlin berufen. Im Hauptberuf ist Albig seit vergangenem Jahr „Head of Corporate Representation Brussels“ der Deutsche Post DHL Group.

**Reinhard Meyer**, von 2012 bis 2017 schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister, ist seit Ende April Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern. Zuvor war er im Nachbarland als Chef der Staatskanzlei tätig. Der SPD-Politiker folgt auf Mathias Brodkorb, der von seinem Posten zurückgetreten war.

## Runde Geburtstage

**Johann Sierks** aus Wohltorf (Kreis Herzogtum Lauenburg), von 1971 bis 1979 für die SPD im Landtag, hat am 6. April seinen 95. Geburtstag gefeiert.

**Gudrun Hunecke** aus Kiel, von 1987 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 22. Juni ihren 80. Geburtstag gefeiert.

**Eva Peters** aus St. Michaelisdonn (Kreis Dithmarschen), von 1988 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 27. Juni ihren 80. Geburtstag gefeiert.

**Wilfried Wengler** aus Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg), von 2005 bis 2012 für die CDU im Landtag, hat am 11. April seinen 75. Geburtstag gefeiert.

**Irene Fröhlich** aus Husum, von 1996 bis 2005 für die Grünen im Landtag und zeitweilig Fraktionsvorsitzende, hat am 12. Mai ihren 75. Geburtstag gefeiert.

**Klaus Klinckhamer** aus Neuratzendorf (Kreis Ostholstein), von 2000 bis 2012 für die CDU im Landtag, hat am 20. Mai seinen 75. Geburtstag gefeiert.

**Claus Ehlers** aus Nortorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde), von 1996 bis 2009 für die CDU im Landtag, hat am 15. Mai seinen 75. Geburtstag gefeiert.

**Henning Höppner** aus Plön, von 2000 bis 2012 für die SPD im Landtag, hat am 5. Mai seinen 70. Geburtstag gefeiert.

**Dora Heyenn** aus Hamburg, von 1990 bis 1992 für die SPD im Landtag, hat am 16. Mai ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**Ulrike Rodust** aus Holzdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde), von 1993 bis 2008 für die SPD im Landtag und von 2008 bis 2019 im Europaparlament, hat am 4. Juni ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**Wilfried Voigt** aus Kiel, von April bis Juni 1996 für die Grünen im Landtag und anschließend bis 2005 Staatssekretär im Finanz- und im Wirtschaftsministerium, hat am 23. Juni seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

## Nachruf

### Trauer um Sylvia Bretschneider

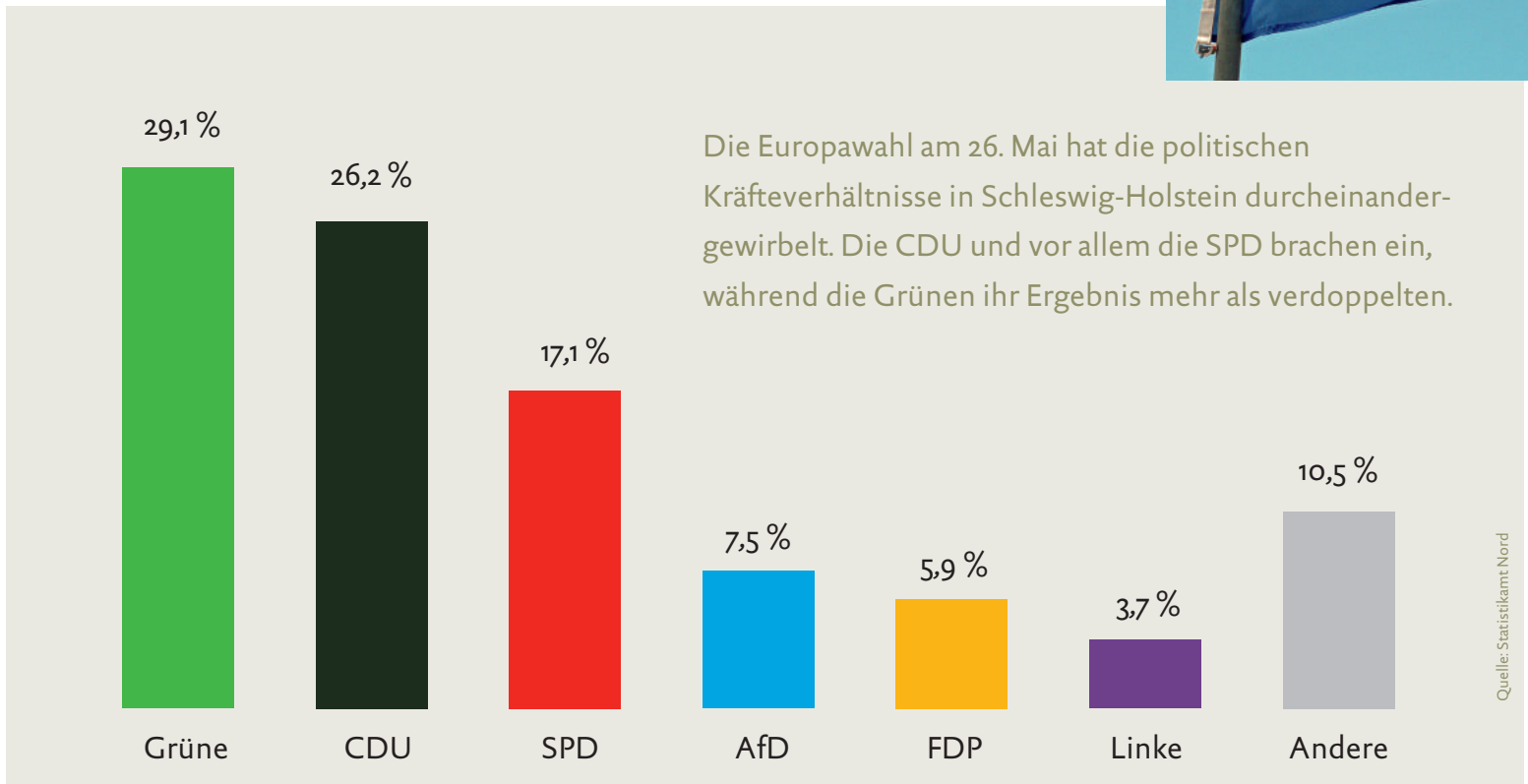


Auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag herrscht tiefe Trauer über den Tod von Sylvia Bretschneider. Die langjährige Landtagspräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern war am 28. April im Alter von 58 Jahren nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Mit dem Kieler Parlament hat Sylvia Bretschneider in der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Parlamentsforum Südliche Ostsee intensiv zusammengearbeitet. „Sie war eine der Initiatoren, die die Ostseezusammenarbeit aus tiefster Überzeugung mit großem Engagement

vorangetrieben hat“, sagte der CDU-Abgeordnete Hartmut Hamerich, schleswig-holsteinischer Delegationsleiter beim Parlamentsforum Südliche Ostsee in Schwerin Ende Juni: „Wir verneigen uns in Dank und Anerkennung vor einer starken Persönlichkeit, wir verneigen uns in Dank und Zuneigung vor einer treuen Wegweiserin, die leider viel zu früh von uns gegangen ist.“ Sylvia Bretschneider gehörte dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern seit 1994 an, seit 2002 war sie dessen Präsidentin. Sie war damit das am längsten amtierende Parlamentsoberhaupt in Deutschland. Das Nachbarland ehrte die SPD-Politikerin Mitte Mai mit einem Trauerstaatsakt in ihrer Heimat Neubrandenburg. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wurde dabei von seiner Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber vertreten.

# Erdrutsch bei der Europawahl

Die Grünen sind erstmals Nummer eins im Lande



Die Europawahl am 26. Mai hat die politischen Kräfteverhältnisse in Schleswig-Holstein durcheinandergewirbelt. Die CDU und vor allem die SPD brachen ein, während die Grünen ihr Ergebnis mehr als verdoppelten.

Mit 29,1 Prozent Stimmenanteil wurden die **Grünen** erstmals stärkste Kraft im Lande. Es war bundesweit das beste Grünen-Ergebnis in einem Flächenland. Die Partei verzeichnete ein Plus von gut 16 Prozentpunkten gegenüber der Europawahl 2014 und der Landtagswahl 2017. Die **Grünen** hatten zuvor noch nie bei einer Europa-, Bundestags- oder Landtagswahl im Norden mehr als 14 Prozent geholt. Ihre Hochburgen hatten sie in Flensburg (37,1 Prozent) und Kiel (37,0 Prozent). Dort gewannen sie mehr Stimmen als **CDU** und **SPD** zusammen. Nur in Freiburg im Breisgau (38,5 Prozent) war die Partei noch stärker als in den beiden Nord-Städten. Aber auch in ländlichen Regionen lagen sie vorne, etwa in den Kreisen Plön, Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde. Wahlumfragen zufolge waren die grünen Neuwähler vor allem ehemalige **CDU**- und **SPD**-Unterstützer sowie Nichtwähler. Bei jüngeren Menschen unter 30 waren die Grünen besonders erfolgreich, dort lagen sie laut dem Institut Infratest dimap bundesweit bei 33 Prozent. Hauptthema der Grünen-Wähler war den Umfragen zufolge die Umwelt- und Klimapolitik. „Für die Grünen insgesamt war das ein Abend, der alle Erwartungen übertroffen hat“, bilanzierte der Bundesvorsitzende und ehemalige schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck.

**CDU** und **SPD** fuhren im Lande ihre historisch schlechtesten Ergebnisse bei Europawahlen ein. Die Christdemokraten hatten 2014 noch 34,4 Prozent geholt. Bei der Landtagswahl 2017 waren es 32,0. Nun sackten sie auf 26,2 Prozent ab. In sechs der elf Landkreise wurden sie dennoch stärkste Kraft, das beste Ergebnis fuhr die Union in Dithmarschen ein (31,1 Prozent). In Kiel waren es dagegen nur 16,8. Bundesweit machten zwar 48 Prozent der Über-70-Jährigen ihr Kreuz bei der **CDU**, aber nur 13 Prozent der 18- bis 24-Jährigen. Der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Daniel Günther sprach von einem „bitteren Ergebnis“. Noch dramatischer waren die Verluste der

**SPD**. Sie rutschte von 31,9 Prozent (2014) und 27,3 Prozent (2017) auf 17,1 Prozent ab. In keinem anderen Bundesland verlor die **SPD** so heftig wie in Schleswig-Holstein. Über die Rolle als nur noch dritte Kraft im Lande kamen die Sozialdemokraten auch in traditionellen Hochburgen nicht hinaus. In Kiel landeten sie bei 16,4 Prozent, in Lübeck bei 19,4. Wie die Union, so schnitt auch die **SPD** bei jüngeren Wählern besonders schlecht ab. Die Landesvorsitzende Serpil Midyatli nannte das Ergebnis desaströs.

Die **AfD** holte im Norden 7,5 Prozent (2014: 6,8, 2017: 5,9). Hinter Hamburg war dies das zweitschlechteste Ergebnis der Partei in den 16 Bundesländern. Resultate um die neun Prozent erreichte die **AfD** in Neumünster, Dithmarschen und dem Herzogtum Lauenburg. Zweistellige Unterstützungswerte gab es den Forschungsinstituten zufolge bei Menschen zwischen 35 und 59 Jahren. Der Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis nannte das Ergebnis seiner Partei „mehr als respektabel“. Die **FDP** verbesserte ihr Europaergebnis von 2014 (3,8 Prozent) deutlich, blieb mit 5,9 Prozent aber klar unter dem Abschneiden bei der Landtagswahl 2017 (11,5 Prozent). Überdurchschnittliche Werte erzielten die Liberalen im Hamburger Randgebiet und in Dithmarschen. Wähler jüngeren und mittleren Alters votierten in stärkerem Maße für die **FDP** als Über-60-Jährige. „Wir hätten uns ein besseres Ergebnis gewünscht“, so der Parteichef und Sozialminister Heiner Garg.

Die Wahlbeteiligung lag mit 59,7 Prozent deutlich höher als vor fünf Jahren, als nur gut 43 Prozent ihre Stimme abgegeben hatten. Schleswig-Holstein ist in der neuen Wahlperiode erstmals mit vier Abgeordneten im EU-Parlament vertreten: mit Rasmus Andresen (**Grüne**), Niclas Herbst (**CDU**), Delara Burkhardt (**SPD**) und Patrick Breyer (**Piraten**). **Mehr zu den neuen Parlamentariern auf Seite 22.**



## Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

### **Feuerwehren/Ehrenamtsrente:**

Die SPD fordert eine zusätzliche Altersversorgung für aktive Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren – ist damit im Juni aber auf breite Ablehnung gestoßen. Regierungsfractionen wie auch AfD und SSW wandten sich aus mehreren Gründen dagegen: Dies sei ohne Gegenfinanzierung nicht bezahlbar. Es dürfe keine Zwei-Klassen-Gesellschaft des Ehrenamts geben. Und nur wegen einer kleinen Zusatzrente dürfte kaum jemand zum Ehrenamt motiviert werden.

Die SPD-Abgeordnete Beate Raudies begründete den Vorstoß mit der hohen Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehren und einer überfälligen Aufwertung ehrenamtlichen Engagements. Vorbild ist die „Löschrente“, von der Rettungskräfte in Thüringen und Sachsen-Anhalt profitieren. Im Norden gibt es 1.342 Freiwillige Feuerwehren, in denen sich im vergangenen Jahr 49.120 Männer und Frauen engagierten. Nach Vorstellung der Sozialdemokraten sollen Land und Kommunen als Träger der Freiwilligen Feuerwehren jeweils 3,6 Millionen Euro pro Jahr bei der Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände einzahlen. Die zusätzliche Altersversorgung soll dann nach Vollendung des 67. Lebensjahres monatlich an die Feuerwehrangehörigen gehen. Auch eine einmalige Zahlung inklusive Zinsen sollte demnach möglich sein, wenn die Altersversorgung weniger als 15 Jahre bestanden hat.

Alle Redner würdigten das große Engagement der Freiwilligen Feuerwehren und forderten bessere Voraussetzungen – etwa in punkto Ausrüstung, Ausbildung, Schutz und Jugendarbeit. Hans Hinrich Neve (CDU) betonte aber, eine Minirente bedeute keine Motivation, und der Verwaltungsaufwand wäre unverhältnismäßig. FDP-Fraktionschef Christopher Vogt, selbst seit 20 Jahren bei der Freiwilligen

Feuerwehr, unterstrich: „Ehrenamt bedeutet Dienst und nicht Verdienst.“ Auch Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) warnte, es könnte eine emotionale Spaltung in vermeintlich bessere oder weniger wichtige Ehrenamtler erfolgen. Eine Gruppe besser zu stellen und alle anderen Gruppen schlechter, wäre am Ende kontraproduktiv, so Grote. Man müsste ansonsten auch Helfer bei der DLRG oder beim THW mit einer Rente bedenken. Flemming Meyer vom SSW ergänzte, dies müsste dann genauso für Ehrenamtler in der Kultur, in der Flüchtlingshilfe oder im Sport gelten. Claus Schaffer (AfD) hielt der SPD „sozialpopulistische Profilsuche“ vor.

„Wer wollte nicht für alle Ehrenamtlichen eine Anerkennung in Form einer Rente einführen?“, fragte Eka von Kalben (Grüne). Dies sei aber ohne Gegenfinanzierung nicht machbar: „Wir müssten zum Beispiel 200 Lehrerstellen dafür streichen – das wollen wir nicht, wir setzen andere Prioritäten.“ Minister Grote verwies auf ein weiteres Problem: Es werde auf Bundesebene seit einem Jahr diskutiert, ob eine Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche möglicherweise Entgelt im Sinne der europäischen Arbeitszeitrichtlinie sei. Sollte eine Rente eingeführt werden, könnte die Waagschale in Richtung Entgelt kippen. Das würde bedeuten, dass ehrenamtliches Engagement als Arbeitszeit gälte. „Wir würden ein Fass aufmachen, auf das wir keinen Deckel mehr bekommen“, warnte Grote. Der SPD-Gesetzentwurf wurde in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

**Bestattungen:** Für Bestattungen mittellose Verstorbener können Kommunen weiterhin die Nachkommen heranziehen – und müssen die Kosten nicht selbst tragen. Der Landtag hat im Mai einen Entwurf des SSW für Änderungen im Bestattungsrecht abgelehnt. Jamaika und

AfD waren dagegen, Unterstützung gab es lediglich von der SPD.

Das Problem: Hinterlässt der Verstorbene nicht genug Geld für das Begräbnis, werden die Angehörigen herangezogen. Dies sind zunächst Ehepartner und Kinder. Wenn diese ebenfalls mittellos sind, übernehmen einige Kommunen im Lande die Kosten selbst. Andere wiederum wenden sich an die „nachrangig Hinterbliebenen“ wie Eltern, Geschwister, Großeltern und Enkel. Dies sei „zutiefst ungerecht“, denn die Bestattung koste oft mehrere tausend Euro, so Lars Harms (SSW) bei der ersten Lesung im vergangenen September. Seine Forderung, die „Nachrangigen“ nicht mehr zu belasten, fand jedoch keinen Zuspruch. Ole-Christopher Plambeck (CDU) wies auf die ohnehin schon hohen Kosten der Kommunen beim Unterhalt der Friedhöfe hin: „Es ist eine Familienaufgabe, wenn ein Verwandter stirbt.“

**Windkraft:** Mit den Stimmen von Jamaika und AfD hat der Landtag den Ausbaustopp für neue Windräder bis Ende 2020 verlängert. Das sei notwendig, so Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU), um die mehr als 4.000 Einwände gegen geplante Windanlagen abzuwickeln. „Jeder einzelne wird ausgewertet und im Detail beantwortet“, kündigte Grote an. Die SPD enthielt sich, der SSW votierte dagegen. Beide Oppositionsfractionen warfen Jamaika vor, den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein zu verschleppen. Das Moratorium ist die Konsequenz aus einer Entscheidung des Obergerichtes Schleswig, das die damaligen Ausbaupläne 2015 gekippt hatte. Um Wildwuchs zu verhindern, gilt seitdem ein Baustopp für neue Anlagen. Wer dennoch neu bauen will, braucht eine Ausnahmegenehmigung. Bislang habe es 433 Ausnahmen gegeben, so Minister Grote.

# Die „Europäische Republik“ und der „Leichnam des Nationalismus“

## Der Schriftsteller Robert Menasse im Gespräch

Europa ist die Zukunft, davon ist Robert Menasse überzeugt. Der österreichische Schriftsteller las Ende Mai, wenige Tage vor der Wahl zum EU-Parlament, im Landeshaus aus seinem Roman „Die Hauptstadt“. Das Werk aus dem Jahr 2017, das unter anderem mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet wurde, beschreibt das Innenleben der EU-Kommission in Brüssel und ist zugleich ein Plädoyer für das Miteinander auf dem Kontinent. Vor der Lesung traf sich Robert Menasse zum Interview mit der Landtagszeitschrift. Er kritisierte die Europa-Skeptiker in Politik und Medien scharf, warb für die „Europäische Republik“ und sprach über die aktuelle Situation in seiner Heimat, wo gerade die „Video-Affäre“ die Schlagzeilen beherrschte.

**Herr Menasse, Ihr Heimatland Österreich ist jüngst in eine Regierungskrise geraten. Ein geheim gedrehtes Video zeigt Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ), wie er sehr freimütig über Parteipenden und über eine politische Einflussnahme auf die Presse spricht. Wie nehmen Sie die Angelegenheit wahr?**

„Ich habe mich gewundert, dass es mich nicht wundert. Es war der größte Skandal in einer Reihe von kleineren und mittleren Skandalen, die die Freiheitliche Partei regelmäßig liefert. Man hat sich das alles genau so vorgestellt, man hat es nur noch nicht so vorgeführt bekommen. Es war mir klar, dass der Vizekanzler zurücktreten muss. Es hat mich aber doch erstaunt, dass in den Kommentaren der Zeitungen überhaupt nicht in Frage gestellt wurde, dass Kanzler Sebastian Kurz zunächst im Amt blieb. Denn der ist ja mit schuld. Der hat ja dieser Politik durch die Koalition, die er eingegangen ist, Tür und Tor geöffnet. Mit Blick auf die anstehenden Neuwahlen kann man es eigentlich nur in dem einen Satz zusammenfassen: Die Karten werden neu gemischt, und die gezinkten Karten bleiben im Spiel.“

**Zu Ihrem Buch: „Brüssel“ gilt EU-Skeptikern als Synonym für eine entrückte, unkontrollierte Bürokratie. Sie haben den dortigen Betrieb unter die Lupe genommen - was ist dran an diesen Vorwürfen?**

„Mich erstaunt immer wieder, wie hartnäckig sich Dummheiten halten. Die angeblich aufgeplusterte Brüsseler Bürokratie ist in Wirklichkeit schlank. Die Stadt Wien hat zum Beispiel in ihrer Verwaltung mehr Beamte als die EU-Kommission, die ja für einen ganzen Kontinent zuständig ist. Jeder höhere Beamte in Wien, München oder Hamburg hat ein schöneres, geräumigeres Arbeitszimmer als ein hoher Kommissionsbeamter. Dass

so eine grundsätzliche Abneigung gegen die europäischen Beamten immer wieder hochgeköchelt werden kann, erstaunt mich jedes Mal aufs Neue, zumal sehr viele Dinge, die in Brüssel entwickelt werden, ja nicht die schrullige Idee von weltfremden Beamten in einem Glaspalast sind, sondern ein Wunsch der Mitgliedsstaaten.“

**Haben Sie ein Beispiel?**

„In der Bundesrepublik Deutschland hat der Bundestag ein Gesetz zur Normierung von Traktorensitzen beschlossen. Das hatte gute Gründe: Es gab Unfälle, wo Bauern auf unebenem Gelände abgerutscht sind. Nicht eine einzige Zeitung in Deutschland hat gesagt: Der Bundestag ist verrückt geworden, jetzt normiert er schon Traktorensitze. Dann hat die deutsche Bundesregierung die EU-Kommission beauftragt, eine europäische Richtlinie zu diesem Thema auszuarbeiten. Am Tag nachdem diese Richtlinie vom Parlament beschlossen wurde, hat die Bild-Zeitung getitelt: ‚Eurokraten durchgeknallt‘. Das ist nicht nur strohdumm, es ist zynisch, und es ist demokratiepolitisch höchst gefährlich. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das von Boulevard-Zeitungen ununterbrochen gespielt wird, weil sie damit systematisch die europäische Demokratie delegitimieren. Es wäre die Aufgabe von seriösem Journalismus, das klarzustellen. Aber ich habe diese Klarstellung nirgends gefunden.“

**In Ihrem Roman versuchen Mitarbeiter der Kommission, das Image der EU-Behörden aufzupolieren. Welchen Tipp würden Sie der EU geben, was die Außendarstellung anbelangt?**

„Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission ist, wenn sie auch noch so engagiert ist, relativ hilflos gegen die Stimmungsbilder, die in den nationalen Medien produziert werden. Es wird dann immer wieder gesagt, wir bräuchten eine europäische Öffentlichkeit und



Robert Menasse, 1954 in Wien geboren, gilt als einer der prägenden Köpfe der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur. Neben „Die Hauptstadt“ zählen „Don Juan de la Mancha“ (2007), „Die Vertreibung aus der Hölle“ (2001) und „Schubumkehr“ (1995) zu seinen Hauptwerken. Zudem ist er als politischer Essayist aktiv.

supranationale Medien. Ich glaube nicht, dass das so einfach herstellbar wäre. Der Großteil der Menschen möchte doch ein regionales Medium haben, weil sie am meisten daran interessiert sind, was in ihrem unmittelbaren, überschaubaren Lebensraum stattfindet. Ich wäre auch nicht an einem Printmedium interessiert, wo die derzeitigen Ereignisse in Österreich nur ein Einspalter wären. Wir brauchen kein neues europäisches Medium, sondern wir brauchen mehr Europäer in den Medien. Wenn es sie gibt, dann sind sie feige, weil ich so wenig von ihnen sehe und lese.“



### Das ist ein sehr kritisches Bild vom Journalismus...

„Ich gebe Ihnen noch ein Beispiel. Es gab, als ich in Brüssel war, einen Riesenskandal im Zusammenhang mit der Europäischen Kommission. Ohne jetzt auf Details einzugehen: Es war eine europaweit in Printmedien verbreitete Meldung, die zu einer enormen Anzahl von Protestmails geführt hat. Ich habe mit dem damaligen Kommunikationschef der Europäischen Kommission gesprochen, und der sagte: Da ist nichts dran, das sind Gerüchte. Er hat dann eine Pressekonferenz einberufen, um die Sache klarzustellen. Bei dieser Pressekonferenz waren zwei Menschen, und einer davon war ich. Der Skandal ist interessant, die Aufklärung nicht.“

### In Ihrem Buch taucht an verschiedenen Stellen die Forderung auf: „Schließt die nationalen Parlamente“ und errichtet eine „Europäische Republik“. Was versprechen Sie sich von den „Vereinigten Staaten von Europa“?

„Kein denkender Mensch will die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘! Niemand will ein Europa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ würden das Ungleichgewicht in der heutigen Europäischen Union nicht beheben, in der es große, machtvolle Staaten und kleine, ökonomisch und politisch unbedeutende Länder gibt. Vereinigte Staaten, in denen es einerseits Deutschland gibt und andererseits die halbe Insel Zypern, sind Unsinn. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das alte europäische Projekt. Europäer haben Territorien mit Gewalt genommen, haben sie in einem blutigen Bürgerkrieg geeint und dann eine Nation gebildet. Die EU ist das neue europäische Projekt – in jedem Punkt das Gegenteil: Territorium durch freiwilligen Beitritt, Einigung auf der Basis von Verträgen und auf Grundlage der Menschenrechte, Überwindung des Nationalismus. Misstrauen Sie einem Politiker, der Ihnen die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ verspricht! Der hat nicht nachgedacht.“

### Wie wird denn die europäische Zukunft Ihrer Einschätzung nach aussehen?

„Ich glaube natürlich nicht, dass man von heute auf morgen nationale Parlamente schließen und Nationen abschaffen kann. Nur: In einem logischen Weiterverlauf der geschichtlichen Dynamik, die wir mit dem europäischen Projekt angestoßen haben,

verlieren nationale Parlamente zunehmend an Bedeutung. Schon jetzt sind 80 Prozent der Gesetze, die in nationalen Parlamenten beschlossen werden, nichts anderes als Umsetzungen von EU-Richtlinien. Meine These ist: In dem Maße, wie die Souveränität der Nationen schwächer wird, werden wir zugleich im Sinne der Subsidiarität eine zunehmende Bedeutung von regionalen Parlamenten erleben. Der Landtag wird wichtiger, und der Bundestag wird unwichtiger. Das ist der Zug der Geschichte.“

### Ist das für Sie eine historische Notwendigkeit?

„Wir werden immer mehr Gemeinschaftsentscheidungen treffen müssen, weil die großen Herausforderungen nicht mehr in nationalen Grenzen bewältigt werden können. Wie will ein nationales Parlament die Erderwärmung stoppen? Wie will ein nationales Parlament eine vernünftige Flüchtlings- und Migrationspolitik entwickeln? Wie will ein nationales Parlament Steuern für multinationale Konzerne durchsetzen? Wie will ein nationales Parlament in Zeiten der Globalisierung Handelsregeln durchsetzen? Das ist alles unmöglich.“



Rund 300 Gäste kamen zur Lesung mit Robert Menasse in den Plenarsaal. In Anschluss diskutierten die Besucher mit dem Autor über aktuelle Entwicklungen in Europa und in Menasses Heimat Österreich.

**Aktuell geht es aber in eine andere Richtung. Die Briten pochen gerade sehr auf ihre nationalen Institutionen, und Länder wie Polen und Ungarn halten sich bewusst fern vom westeuropäischen Mainstream. Gibt es nicht eine Entwicklung zurück zum Nationalstaat?**

„Ja, die Renationalisierungstendenzen sind heftig. Aber die Tatsache, dass die Nationalisten ihre Versprechen nicht werden einlösen können, dass sie nicht liefern können, was sie versprechen, wird Konsequenzen haben. Es kann auch sein, dass mit dem Nationalismus jetzt das passiert, was wir unter dem Titel ‚die Euphorie vor dem Tod‘ kennen. Oder es ist, medizinisch gesprochen, wie das Wachsen der Nägel an einem toten Körper. Vielleicht sehen wir in Wirklichkeit den Leichnam des Nationalismus.“

Interview: Karsten Blaas

# Schleswig-Holsteinische Gräber in Iowa

Landtag würdigt ehrenamtliches Engagement in den USA

Mitten in den USA finden sich schleswig-holsteinische Einflüsse. Ein Verein in Davenport im Bundesstaat Iowa kümmert sich um die Gräber von Auswanderern, die auf beiden Seiten des Atlantiks für Freiheitsrechte gekämpft haben. Landtagspräsident Klaus Schlie hat nun den Dank des Parlaments für diesen ehrenamtlichen Einsatz in den Mittleren Westen geschickt.

„Vor ungefähr 150 Jahren war Davenport ein Auswanderziel für viele Menschen aus Schleswig-Holstein“, berichtet Kory A. Darnall: „Diese Menschen haben eigentlich unsere Stadt erbaut. Viele unserer Einrichtungen und Geschäfte haben sie gegründet, und viele davon bestehen bis heute.“ Der 58-Jährige leitet in der 100.000-Einwohner-Stadt am Mississippi den „Stadtfriedhof-Unterstützungsverein“. Auf dem Friedhof liegen „Kampfgenossen“ der schleswig-holsteinischen Erhebung begraben. 1848 lehnten sich deutsch und liberal gesinnte Bewohner der Herzogtümer gegen die dänische Herrschaft auf. Die Kämpfe endeten 1850 mit dem Sieg der dänischen Seite. Viele Aufständische verließen daraufhin ihre Heimat und wanderten nach Amerika aus.

Schleswig-Holsteinische Einwanderer haben quer durch die USA Spuren hinterlassen. Ortsnamen wie Kiel (im Bundesstaat Wisconsin), Lubeck (in West Virginia) oder Schleswig (in Iowa) sind Ausdruck der historischen Verbindung von Norddeutschland und Nordamerika. Einen besonderen Stellenwert nahm Davenport ein, etwa 300 Kilometer westlich von Chicago gelegen. Denn unter den zahlreichen Schleswig-Holsteinern, die hier eine Zuflucht fanden, waren auch führende Köpfe der Erhebung. Der Glückstädter Rechtsanwalt Theodor Olshausen, Mitglied der provisorischen schleswig-holsteinischen Regierung von 1848, oder der Dithmarscher Advokat Hans Reimer Claussen lebten dort.

„Insgesamt ruhen 46 schleswig-holsteinische Kampfgenossen von 1848-49-50 auf dem Stadtfriedhof von Davenport“, erzählt Kory A. Darnall in exzellentem Deutsch: „Jeder hat einen Grabstein und ein Dienstmedaillon, und an Feiertagen wie dem Volkstrauertag sind die



Ein Auswanderergrab: Peter L. Soll kam aus Schleswig-Holstein nach Iowa und wurde fast 90 Jahre alt.



Kory A. Darnall ist Vorsitzender des „Stadtfriedhof-Unterstützungsvereins“.

Gräber mit schleswig-holsteinischen Fahnen geschmückt.“ Einige der geschlagenen Freiheitskämpfer von 1848 hatten 1861 erneut die Waffen ergriffen – um im amerikanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Nordstaaten gegen die Sklaverei zu kämpfen.

Aus „tiefem Dank für das geleistete ehrenamtliche Engagement und den Einsatz für die deutsch-amerikanische Freundschaft“ hat Landtagspräsident Klaus Schlie dem Verein und seinem Vorsitzenden Kory A. Darnall Urkunden und Medaillen verliehen und sich mit einer kleinen Geldspende an der Grabpflege beteiligt. „Die Pflege der Gräber ehrt nicht allein die toten Schleswig-Holsteiner, die Davenport mitaufbauten, sondern sie ist auch ein sichtbarer Brückenschlag zwischen Amerika und Deutschland“, so der Landtagspräsident. „Wir freuen uns sehr, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag unsere Arbeit bemerkt hat“, sagt Kory A. Darnall – und schickt „schöne Grüße aus Davenport am Mississippi“.



Die Namen der schleswig-holsteinischen „Kampfgenossen“ sind auf einer „Ehrentafel“ vermerkt – begleitet von der Losung „up ewig ungedeelt“.





## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



**Christoph von Marschall: Wir verstehen die Welt nicht mehr. Deutschlands Entfremdung von seinen Freunden. Freiburg im Breisgau: Herder 2018. 254 S.**

Was halten unsere Nachbarn und wichtigsten Verbündeten von Deutschlands Außen-, Sicherheits- und Europapolitik? Der Historiker und Journalist Christoph von Marschall zeigt pointiert und gut verständlich auf, dass sich das deutsche Selbstverständnis nicht mit der Wahrnehmung von außen deckt. Deutschland muss umdenken und sich auf eine neue Rolle in den internationalen Beziehungen einstellen. Es kann sich nicht länger an lieb gewordene Haltungen klammern, die durch die Zeit seit dem Kriegsende 1945 getragen haben.



**Claudia Pinl: Männer lassen arbeiten. 20 faule Tricks, auf die Frauen am Arbeitsplatz hereinfallen. Frankfurt am Main: Fischer Verlag 2014. 237 S.**

„Wenn etwas gesagt werden soll, fragt man einen Mann. Wenn etwas getan werden soll, fragt man eine Frau.“ Dieses Zitat von Margaret Thatcher lässt sich laut Claudia Pinl auf die Arbeitswelt übertragen. Oft fällt es Männern schwer, Frauen als gleichgestellte Kolleginnen anzusehen, die das Recht auf eine gut bezahlte, befriedigende Arbeit haben, mit Anerkennung ihrer Leistungen und adäquaten Aufstiegsmöglichkeiten. Frauen werden zumeist als Untergebene und Zuarbeiterinnen eingesetzt. Mit diesem Buch will die Autorin das Selbstwertgefühl erwerbstätiger Frauen stärken und sie zu einer eigenen Karriere ermutigen.



**Angelika Volquartz: Mein Herz schlägt in Kiel. Persönliches und Politisches. Lebensnotizen. Kiel/Hamburg: Wachholtz Verlag 2019. 181 S.**

Angelika Volquartz schrieb ein Stück Kieler Stadtgeschichte, und Kiel wurde ihr zur Heimat. 1967 zog sie aus dem niedersächsischen Uelzen zum Lehramtsstudium in die Landeshauptstadt. Es folgten Tätigkeiten als Geografie- und Biologielehrerin, Realschulrektorin, Ratsmitglied, Landtags- und Bundestagsabgeordnete und als erste Oberbürgermeisterin Kiels. In vielen prägnanten Erlebnissen lässt Angelika Volquartz Erinnerungen und Begegnungen Revue passieren. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit vermitteln die zahlreichen Impressionen und Anekdoten ein Gesamtbild ihres Lebens und ihrer Liebe zu Kiel und den Menschen, die dort leben.

## Mona liest am besten

Schleswig-Holsteins beste Vorleserin kommt in diesem Jahr aus Itzehoe: Die 12-jährige Mona Harbeck von der Kaiser-Karl-Schule siegte Anfang Juni im Landesentscheid des Vorlesewettbewerbs des Deutschen Buchhandels. Sie setzte sich im Plenarsaal gegen fünf Konkurrenten durch und vertrat Schleswig-Holstein beim Bundesfinale Ende Juni in Berlin. Die Landesfinalisten lasen den rund 50 Zuschauern zunächst aus ihrem Lieblingsbuch vor. Anschließend mussten sie einen ihnen unbekanntem Text vortragen: einen Abschnitt aus dem „Welten-Express“ von Anca Sturm. Monas Lieblingslektüre war „Verdammt, ich bin ein Buch!“ von Hannes Hörndler. Sie überzeugte die Jury mit ihrer Lesefreude, dem sinnbetonten Erfassen des Textes und ihrem natürlichen Auftreten. Insgesamt nahmen in diesem Jahr in Schleswig-Holstein 18.800 Kinder aus 257 Schulen teil.

## Impressum

### Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

### Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Markus Stratmann (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1130, markus.stratmann@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

### Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Sünje Muxfeldt, Rebecca Hollmann, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Anna Gellner, Jutta Schmidt Holländer, Archiv des Landtages, dpa-Bildfunk, Picture Alliance/dpa/Michael Jung, Lupo\_pixelio.de, S. Hofschläger\_pixelio.de, Gabi Schönemann, Marion Hahnfeldt, Landesverband Bündnis 90/Die Grünen, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Wachholtz-Verlag, Fischer-Verlag, Herder-Verlag, Oetinger-Verlag, foras05/fotolia.com, toa555/fotolia.com, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, [www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de); Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

### Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, [www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de);

### Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH, Billstraße 103 20539 Hamburg

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei) Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, [bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. Juli 2019

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

# Abgeordnete persönlich



Jan Marcus Rossa, FDP,  
geboren am 9. Februar 1964  
in Lübeck, evangelisch,  
verheiratet, vier Kinder,  
Rechtsanwalt

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich habe mich unmittelbar nach der Bundestagswahl 2013 entschieden, mich bei der FDP zu engagieren. Für mich war es ein Schock, dass die Freien Demokraten aus dem Bundestag geflogen waren, und ich wollte einen aktiven Beitrag leisten und an der Rückkehr der Partei mitarbeiten.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„Mein erster Berufswunsch war der des Tierarztes, und zwar bevorzugt in Australien mit seiner einzigartigen Tierwelt.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Geschichte. Ich fand die Geschichte der Menschheit schon als Kind faszinierend und wollte verstehen, wie es zu bestimmten historischen Ereignissen kommen konnte.“

## Was war ihr allererster Job?

„Mein erster Job war ein Ferienjob in einem Betonwerk in Schwarzenbek, wo ich in der Produktion als Hilfsarbeiter arbeitete und lernte, Betonfertigteile wie z.B. Treppenteile herzustellen.“

## Was macht Sie wütend?

„Wut ist eine Eigenschaft, die mir eigentlich fremd ist. Ich ärgere mich allerdings am meisten über Ignoranz, Intoleranz, Willkür und Vorurteile. Das gilt in der Politik genauso wie im Privaten.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Wir müssen in Schleswig-Holstein dafür sorgen, dass wir die Digitalisierung voranbringen und Infrastrukturvorhaben zügig und effizient umsetzen. Das gilt nicht nur für den Breitbandausbau und die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch im Hinblick auf öffentliche Gebäude wie Schulen, Schwimmbäder etc. Hier ist in den vergangenen Jahrzehnten vieles versäumt worden, und es besteht ein erheblicher Investitionsstau.“



Andrea Tschacher, CDU,  
geboren am 3. Dezember 1972  
in Dresden,  
römisch-katholisch, ledig,  
Verwaltungsoberinspektorin

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich bin nun mal in der DDR aufgewachsen, und das Vorsetzen der politischen Ansichten, Zwangsvorgaben sowie die eingeschränkte Meinungs- und Reisefreiheit haben mir oftmals Schwierigkeiten bereitet. In meinen relativ jungen Jahren habe ich auf meine Art meinen Protest dagegen zum Ausdruck gebracht. Das führte dann schon mal dazu, dass meine Eltern zum Direktor der Schule oder zum Bürgermeister zitiert wurden und auch ich als Schülerin schikaniert wurde. Als die Wende kam, war ich 16 Jahre alt. Nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung zog es mich aufgrund einer beruflichen Neuorientierung 1991 nach Schleswig-Holstein. Wohlwissend, dass ich hier Gestaltungsmöglichkeiten habe, entschloss ich mich dazu, mich politisch zu engagieren. Von meinen Eltern wurde ich nach christlichen Werten römisch-katholischer Konfession erzogen. So fand ich meine politische Heimat in der Jungen Union und nachfolgend dann in der CDU. Diese Entscheidung habe ich nie in Frage gestellt.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„Aus familiären Erfahrungen heraus wollte ich eine Tätigkeit im Pflegebereich erlernen. Ein anderer Wunsch war der Lehrerberuf.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Meine Lieblingsfächer waren Musik und Deutsch/Literatur.“

## Was war Ihr allererster Job?

„Ich habe eine Berufsausbildung im Schneiderhandwerk absolviert.“

## Was macht Sie wütend?

„Wütend machen mich Ungerechtigkeit, Gleichgültigkeit und Voreingenommenheit.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Menschen mit Behinderung stehen teilweise noch immer täglich vor Schwierigkeiten, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilzuhaben. Angefangen von der Barrierefreiheit – die vielfach noch nicht in allen öffentlichen Bereichen gegeben ist – bis zur gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt. Auch werden sie oftmals durch faktische Unwissenheit noch immer benachteiligt – genau das darf aber nicht passieren. Der ‚Fonds für Barrierefreiheit‘ ist dabei eine wichtige Errungenschaft. Auf dem Weg zu einer vollständigen inklusiven Gesellschaft wird dieser Fonds einen ganz wesentlichen Beitrag leisten. Eine hundertprozentige Barrierefreiheit und Inklusion – die im Übrigen in unseren Köpfen beginnt – werden wir vermutlich nie erlangen können. Aber das Ziel sollte es weiterhin sein, in möglichst vielen Bereichen Barrierefreiheit zu erreichen. Daran möchte auch ich als fachpolitische Sprecherin für Menschen mit Behinderung weiter aktiv mitwirken.“





Der in Rendsburg geborene Maler und Designer Noah Wunsch (li.) und der aus Armenien stammende Maler und Bildhauer Andranik Baghdasaryan gehörten zu den sechs Künstlern aus fünf Ländern, die im April die Ausstellung „Kunst. Raum. Grenzenlos.“ gestaltet haben. Der Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt hatte die Schau organisiert, um auf die kreativen Talente zugewanderter Menschen hinzuweisen.



„Barber Angels“ aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen schnitten Mitte Juni Obdachlosen kostenlos die Haare. In diesem Verein sind Friseure zusammengeschlossen, die sich ehrenamtlich für Menschen in Not engagieren. Anlass für den Besuch der „Angels“ war ein Grillabend für Menschen in Wohnungsnot. Etwa 130 Obdach- und Wohnungslose kamen auf Einladung des Landtages ins Landeshaus.



Qian Jianmin, Mitglied des Volkskongresses der chinesischen Provinz Zhejiang und Vorsitzender des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Arbeit und Massenorganisationen, war Mitte April zu Gast im Landtag. Er leitete eine sechsköpfige Delegation aus Schleswig-Holsteins Partnerprovinz, die auch das AWO-Servicehaus in Kiel und die Firma Euroimmun in Dassow und Lübeck besuchte.

## Zu Besuch im Landeshaus

Landtagspräsident Klaus Schlie (li.) und Ministerpräsident Daniel Günther (4. v. li.) gratulierten Mitte Juni dem frisch gebackenen Deutschen Handballmeister SG Flensburg-Handewitt. Hinten v. li.: Co-Trainer Mark Bult, Rückraumspieler Holger Glandorf, Betreuer Kay Bendixen, Manager Dierk Schmäschke, Beiratsvorsitzender Boy Meesenburg.



Al to'n sössten Mool geev dat in'n Juni de „Emmi för Plattdütsch in Sleswig-Holsteen“. De Pries güng dit Johr an de Grundscholen in Harrislee un Karby. Ok Julian Teske ut Flensburg kreeg een Emmi för sien Bachelor-Arbeit „zur Didaktik und Methodik des freien Sprechens im Niederdeutschunterricht“. Un Inke Adler ut Söderhastedt ward utteKent för ehr Engagement för dat plattdütsche Theoter.





## Termine, Termine, Termine ...

### Ausstellung beleuchtet Schicksal der Sinti und Roma

Die Wanderausstellung „Rassen-  
diagnose: Zigeuner“ ist im September im  
Landeshaus zu sehen. Sie beschreibt den  
Völkermord an den Sinti und Roma und  
deren langen Kampf um Anerkennung.

Das Dokumentations- und Kulturzentrum  
deutscher Sinti und Roma in Heidelberg hat  
die Schau mit 24 Aufstellern und 12 Tischen  
konzipiert. Sie thematisiert Vorurteile und  
Stereotype sowie Ausgrenzung, Entrechtung  
und Vernichtung der Minderheit in der Zeit  
des Nationalsozialismus. Auch die Erlebnisse  
der Überlebenden im Nachkriegsdeutschland  
und ihre erst späte Anerkennung als NS-Opfer  
werden beschrieben. Hinzu kommt ein Blick  
auf die Menschenrechtssituation der Sinti und  
Roma in Europa nach 1989. Ein Kernelement  
bilden Privat- und Familienfotos.

Die Ausstellung ist vom 4. bis zum 29. Sep-  
tember von 10:00 bis 18:00 Uhr im Landes-  
haus zu sehen. Der Eintritt ist frei, bitte brin-  
gen Sie Ihren Personalausweis mit.



Das Foto aus der Ausstellung zeigt Sonja und  
Senta Birkenfelder, aufgenommen im Ghetto  
Radom, südlich von Warschau. Sie waren im Mai  
1940 mit ihren Eltern und ihrem Bruder nach  
Polen deportiert worden.

### Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegen-  
heiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Som-  
mer wieder im Lande unterwegs, um Bürger  
vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 4. Juli:	Lübeck
Dienstag, 16. Juli:	Heide
Donnerstag, 1. August:	Lübeck
Dienstag, 20. August:	Heide
Dienstag, 3. September:	Itzehoe
Donnerstag, 5. September:	Lübeck
Dienstag, 17. September:	Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen  
Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150,  
10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1,  
11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Itzehoe** bei der „Brücke“,  
Wilhelm-Biel-Straße 5, 10:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist **eine Anmeldung  
erforderlich**. Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienst-  
leistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1:  
jeden Mittwoch von 15:00 bis 18:30 Uhr.

### Landtag ist bei der „Museumsnacht“ dabei

Der Landtag macht am Freitag, den  
30. August, erstmals bei der Kieler „Museums-  
nacht“ mit. An diesem Abend laden Ausstel-  
lungsorte in der ganzen Stadt zu einer Ent-  
deckungsreise ein. Im Landeshaus werden von  
19:00 bis 23:00 Uhr unter dem Motto „Kunst  
und Kurioses“ Gemälde und Skulpturen  
aus dem Bestand des Landtages sowie Gast-  
geschenke präsentiert. Dazu gibt es Führun-  
gen mit dem Schauspieler Andreas Schauder,  
der „Wahres, Gelogenes und Erstaunliches“  
über das Haus an der Förde berichten wird. Im  
Plenarsaal erwartet die Gäste eine Zeitreise in  
Bildern „von der kaiserlichen Marineakademie  
zum Landeshaus“. Das Landtagsrestaurant  
„Asperge“ serviert Snacks, hausgemachtes Eis  
und Getränke. Ein Musikprogramm unter-  
malt das Geschehen. Ein kostenloser Bus- und  
Schiff-Shuttle ermöglicht das Pendeln zwi-  
schen den verschiedenen Veranstaltungsorten.

### Buch und Lesung: „Die Förde-Detektive“ ermitteln

Die drei „Förde-Detektive“ Paul, Emma und Nitro sind einem Umweltskandal  
auf der Spur. Beim Kampf gegen das „Gift im Nord-Ostsee-Kanal“ hilft ihnen die  
Landtagsabgeordnete Nele Kroog. Dieses erste Abenteuer der jungen Spürnasen ist nun als Buch  
erschienen. Der Landtag hat die Krimi-Geschichte  
gemeinsam mit dem Hamburger Oetinger-Verlag  
entwickelt. Zielgruppe sind Grundschüler, die  
neben spannender Unterhaltung auch politische  
Bildung vermittelt bekommen. Am Donnerstag,  
den 12. September, um 10:00 Uhr lädt der Landtag  
Viertklässler zu einer Lesung in den Plenarsaal  
ein. Der Autor Christian Tiemann stellt das  
Kinderbuch vor. Interessierte Grundschullehrer  
können sich mit ihrer Klasse unter Telefon  
0431/988-1118 anmelden. Nach der Lesung  
kann das Buch beim Landtag kostenfrei bestellt  
werden. Einzelpersonen erhalten bis zu drei  
Exemplare, an Schulen werden auch Klassensätze  
abgegeben: [bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)

